



Anarcho-Syndikalismus in Ostpreußen!

**750 Jahre Königsberg
nicht ohne
Anarcho-Syndikalisten!**

Helge Döhring

**Freie Arbeiterinnen und Arbeiter
Union Bremen (Hg.)**



**„Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern,
sondern zwischen Arm und Reich!“**

**Gewidmet den kämpfenden Genossinnen und Genossen in
Ostpreußen, Polen und Litauen.**

Herausgeberin:
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union Bremen (FAU)
Postfach 105674
28056 Bremen
fauhb@fau.org
www.fau-bremen.tk

1. Auflage im November 2006

Unterstützt und gefördert durch die Anarcho-Syndikalistische Landsmannschaft Ostpreußen
(Scherz am Rande)

Inhalt

Vorwort

I. Ostpreußen: Arbeiterbewegung im Überblick

1. Wirtschaft, demographische Struktur und Organisationen im Wechselverhältnis
2. Zur Arbeiterorganisation in Ostpreußen
3. Novemberrevolution in Königsberg 1918
4. Die Seeschifffahrt
5. Ein Streik der Hafendarbeiter

II. Die Syndikalisten

1. Was wollten die Syndikalisten?
2. Die syndikalistischen Berufsföderationen
 - 2.1. Die syndikalistischen Bauarbeiter und ihre Geschichte
 - 2.2. Die Maurer Königsberg
 - 2.3. Die Bauberufe vereinigt
 - 2.4. Die Töpfer
 - 2.5. Die Binnenschiffer
3. Die Agitationskommission
4. Die syndikalistisch-anarchistische Jugend
 - 4.1. „Sturmvolk – Bund revolutionärer Jugend Deutschlands“ / „Sturmscharen“
 - 4.1.1. Wer war das „Sturmvolk“?
 - 4.1.2. Programm und inhaltliche Ausrichtung
 - 4.1.3. Organisation
 - 4.2. Die Syndikalistisch-Anarchistische Jugend in Johannisburg
5. Das Ende der Bewegung

III. Quellen und Literatur:

Archive
Protokolle
Zeitschriften
Literatur
Personenregister

Die schwarze Fahne Der Jugend der Internationalen Arbeiter-Assoziation!

Herzen, erglühend für Freiheit,
Stirnen, trotzend dein Tod,
haben als Sinnbild erkoren
dich, schwarze Fahne der Not.
Duster Panier, wo du wehest
Birgt sich der Hunger voll Graus,
rufst du doch laut in die Lande
unsere Botschaft hinaus:
„Arbeiter, nimm die Maschine!
Bauer, nimm dir das Feld!
Kämpf' um die Heimat der Zukunft,
stürmende Jugend der Welt!“

Lang hielt uns Knechtschaft gefangen.
Druckt' uns die Stirn in den Staub-
Hoffnungen, Freuden, Beglückung
fielen Maschinen zum Raub;
All unser blühende Jugend
fraß die Fabrik, das Kontor,
bis aus verzweifelten Kehlen
gellte der Kampf ruft hervor:
„Arbeiter, nimm die Maschine!
Bauer, nimm dir das Feld!
Kämpf' um die Heimat der Zukunft,
stürmende Jugend der Welt!“

Unsre verdurstenden Seelen
wurden da stiller und klar,
unsere leuchtenden Blicke
suchten der Mitkämpfer Schar,
suchten die nachtschwarze Fahne,
hörten ihr forderndes Weh' n:
„Auf, Anarchisten, zum Kampfe!
Auf, - eine Welt will erstehn!
Arbeiter, nehmt die Maschinen!
Bauern, nehmt euch das Feld!
Vorwärts, erzwing' dir die Zukunft,
stürmende Jugend der Welt!“

H.G. Grimm, „Sturmvolk“(1)

Vorwort:

„Hier, wo noch Pfaffen- und Junkertum ihre Willkürherrschaft uneingeschränkt ausüben, wo man das Volk mit allen Mitteln in geistiger Umnachtung zu erhalten sucht, hier finden Elemente wie ein Hindenburg fruchtbaren Boden für ihre Aussaat. Ein schmerzliches Gefühl erfasst einen, wenn man der Leiden gedenkt, die das Volk während der größten aller Wahnsinnstaten, des allgemeinen Menschenmordens, in welches es getrieben wurde, ertragen hat. (...) Auch Ostpreußens Fluren sind getränkt mit Menschenblut und gedüngt mit Menschenleichen. Man müsste nun doch annehmen, dass auch die Sinne eines Hindenburg empfänglich genug wären, um dieses wahrzunehmen und empfinden zu können. Aber weit gefehlt. Inmitten dieses Leichenfeldes unempfindlich für jedes menschliche Empfinden, getrieben von Perversität und Blutdurst, wird dieses Handwerk weiter getrieben. Die ostpreußische Presse wetteifert darin, Hindenburg als Held und Befreier zu feiern. (...) Der ganze östliche Teil Deutschlands steht unter dem Banner der Reaktion, das ganze öffentliche Leben steht unter dem Einfluß des Pfaffentums und Monarchismus und kann mit Bayern gleichgestellt werden. Man trifft allerdings auch andere Menschen, die mit dem Bestehenden nicht einverstanden sind und ihre natürliche Denkweise einigermaßen bewahrt haben...(2)

Diese Menschen wollte ich finden und sie der organisierten Vergessenheit entreißen. Mein Anliegen ist es, aufzuzeigen, dass es überall, auch in den menschenfeindlichsten Regionen, möglich ist, als Mensch in Erscheinung zu treten und sich gegen diese Zustände zur Wehr zu setzen. Selbst hier in Ostpreußen ist es nicht angebracht, die Bevölkerung pauschal in nationalen Kategorien abzuurteilen. Ich möchte darstellen, dass es auch für Ostpreußen angebracht ist, die Frage nach Klassen zu stellen, um die Geschichte im Dienste der Freiheit und Emanzipation sinnvoll aufzuarbeiten. Ich selber bin „halber Ostpreuße“, bin noch Augen- und Ohrenzeuge meiner Verwandtschaft, die dort einst gelebt hat. Als Kind wurde mir viel von „Der Flucht“ erzählt, aber auch vom Haff, dem Palmnicker Strand und vielem mehr. Ich stelle mir heute die Frage: Was nützt all die schöne Landschaft, wenn dort Menschen in Stadt und Land jahrhundertlang geknechtet werden? Alles das, was mein zitierter Vorredner sagte, konnte ich im Wesentlichen noch über 40 Jahre nach Kriegsende an den tradierten Verhaltensweisen hier lebender (ehemaliger) Flüchtlinge feststellen. Die Maxime ihres Seins kulminierte in dem Begriff der „Ehrfurcht“. Keine Frage: Ostpreußen stellte neben Bayern ein Kernland an Reaktion in Deutschland dar. In der herkömmlichen Literatur und in Erzählungen findet sich entweder überhaupt keine Kritik an der Geschichte, oder Ostpreußen wird von vermeintlich fortschrittlichen Kräften pauschal sehr abfällig behandelt. Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Ostpreußen wurde – wie sollte es anders sein – von einem rechten Sozialdemokraten behandelt. Düster, düster sieht das aus.

Aber da muß es doch mehr gegeben haben!

Da gab es noch Kommunisten. Aber liefen deren Bestrebungen nicht letztendlich darauf hinaus, eine neue Diktatur über die Arbeiterschaft zu errichten?

Zweifelsohne, wie der Fortgang der Geschichte es uns in Osteuropa zeigen sollte.

Gab es denn da gar keine Menschen, die gar keine Herrschaft über sich haben oder ausüben wollten? Die die jahrhunderte alte Unterdrückung durch Gutsherren und die Knechtung durch die neuen Industriellen ein für alle Mal beseitigen wollten?

Gab es Anarcho-Syndikalisten in Ostpreußen?

I. Ostpreußen: Arbeiterbewegung im Überblick

1. Wirtschaft, demographische Struktur und Organisationen im Wechselverhältnis

Infolge meiner bisherigen Studien zur Syndikalismusforschung kam ich zu folgender Feststellung:

Der Syndikalismus gedieh in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts an Orten mit hohem Industrialisierungsgrad bei gleichzeitig niedrigem Organisationsgrad der Arbeiterschaft in zentralistischen Arbeiterorganisationen, wie beispielsweise dem sozialdemokratischen „Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund“ (ADGB). Aufgrund einiger Forschungen zu industriellen Ballungszentren (Rhein/Ruhr/Sachsen u.a.) konnte festgestellt werden, wo die Syndikalisten verstärkt Fuß fassen konnten.⁽³⁾ Bisher jedoch machte niemand die Gegenprobe. Indem ich systematisch Ortsvereine der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) erschlossen habe, konnte ich feststellen, wo auf der Landkarte sich „weiße Flecken“ befinden, und das waren zu meinem Erstaunen nicht so viele!⁽⁴⁾ Die Dichte der FAUD-Ortsvereine richtete sich tatsächlich streng nach den industriellen Vorgaben der einzelnen Regionen. Die einzige größere Region ohne FAUD war Mecklenburg zwischen Stettin, Oranienburg und Lübeck. Danach folgen kleinere Regionen ohne größere Industrieansiedlungen, darunter der größte Teil Ostpreußens.

Wie waren die Bedingungen für Syndikalisten in jenen Gebieten, wo die objektiven Rahmenbedingungen (Industrialisierungsgrad/zentralistische Arbeiterorganisationen) sehr ungünstig waren? Mit welchen Aufgaben mußten sie fertig werden? Führten sie zwangsläufig ein Schattendasein? Ich habe in meinen Regionalstudien zur FAUD in Württemberg und Südbayern bereits die unterschiedlichen Bedingungen von syndikalistischer Organisation zwischen Stadt und Land hervorgehoben.⁽⁵⁾

Für Ostpreußen ist dies sehr einfach, weil es außerhalb Königsbergs nur vereinzelte Hinweise auf einzelne aktive FAUD-, SAJD-Ortsvereine und Sympathisanten gibt (Preußisch Eylau, Königstann bei Schönwalde im Kreis Bartenstein (1924), Johannsburg und Elbing).⁽⁶⁾

Nur die Genossen der Seeschifffahrt („Deutscher Seemannsbund“) waren in mehreren Küstenstädten Ostpreußens organisiert (Königsberg, Pillau und Memel).⁽⁷⁾ Vom Rest des Reichsgebietes war Ostpreußen geographisch abgeschnitten. Je südlicher die Städte in diesem Teil lagen, desto weniger Spuren finden sich allgemein auf Arbeiterkämpfe (z.B. Johannsburg oder Lyck).

Nur Mecklenburg hatte im Reichsvergleich weniger syndikalistische Aktivität zu verzeichnen gehabt als Ostpreußen: Mecklenburg (Neustrelitz) hatte eine Siedlungsdichte von 35 Menschen auf einen Quadratkilometer (keine Syndikalisten!), Ostpreußen 55 (wenig Syndikalisten), Pommern 57, im Vergleich zu 125 im Reichsdurchschnitt.⁽⁸⁾ Berichte über Arbeitskämpfe im „Syndikalist“ kamen aus Allenstein, Königsberg, Tilsit (Eisenbahner, 1919),

Elbing („Schichau-Werke“, 1921), Königsberg (Bauarbeiter, 1924) oder auch Marienwerder (Landarbeiterstreik, 1924).

Ja, auch außerhalb Königsbergs kam es zu Arbeiterdemonstrationen, Waffengewalt der Polizei und Belagerungszustand, wie in Tilsit, 1921. Von den besonderen Wirtschaftszweigen Ostpreußens, der Pferdezucht, der Fischerei, der Bernsteinförderung und der Schifffahrt sind nur der letztere, sowie allgemein die Bauberufe Gegenstand dieser Betrachtungen. Auf dem Land konnten die Syndikalisten nicht Fuß fassen, trotz einiger Landarbeiterstreiks:

„Leider ist der ostpreußische Landarbeiter unseren syndikalistischen Ideen schwer zugänglich. Viele erkennen unsere Bestrebungen für gut und richtig an, das ist aber auch alles. Bücher und Aufklärungsschriften sind schwer an den Mann zu bringen. Nach der langen Arbeitszeit von 11 Stunden muß in der eigenen Wirtschaft noch allerlei getan werden. Da ist wenig Zeit und dank der Ermüdung auch wenig Interesse zum Lesen. Außerdem fehlt das Geld. Und weil wir Syndikalisten bei der herrschenden Klasse überall verhasst sind, und das auch zu spüren bekommen, scheut sich alles, für unsere guten Ziele mitzuwirken. Gerade die ostpreußische Landarbeiterschaft ist dermaßen in der Ehrfurcht vor der Autorität beider Richtungen erzogen, dass sie alles von den Führern erwartet. Führung muß sein, ohne eine solche geht es nicht, ist eine ständige Redensart. Wir wollen aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch hier mit der Zeit unsere Ideen Eingang finden.“,

so formulierte es ein syndikalistischer Berichterstatter.(9)

Erschwerend hinzu kam, dass die Zentralgewerkschaften unter den Landarbeitern Ostpreußens bereits bedeutenden Einfluß erlangt hatten. Etwa ein Drittel der ca. 120.000 reichsweit im „Zentralverband der Landarbeiter“ organisierten Gewerkschaftsmitglieder waren in Ostpreußen beheimatet!

Im wesentlichen können drei syndikalistische/unionistische Organisationsformen in Ostpreußen ausgemacht werden:

1. die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVDG) bis 1919/ „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD) bis 1933,

2. das aus verschiedenen freiheitlich-emanzipatorischen Gruppen zusammengesetzte „Sturmvolk – Bund revolutionärer Jugend Deutschlands“/ „Sturmscharen“ als „Syndikalistisch-Anarchistische Jugend Deutschlands“ (SAJD) und die anarchistische „Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands“ (FKAD)(10) und die

3. die Seefahrtsorganisationen (darunter der „Deutsche Seemannsbund“ und der „Verband der Binnenschiffer“(11)), sowie die „Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands – Einheitsorganisation“.(12)

2. Zur Arbeiterorganisation in Ostpreußen

Vertreter der Arbeiterparteien kamen aus nahezu allen größeren Ortschaften Ostpreußens mit Königsberg als Hauptstadtzentrum. Die Zentralgewerkschaften hatten folgende Zweige: Eisenbahnverband, Metallarbeiterverband, Bau-gewerksbund, Fabrikarbeiterverband, Buchdruckerverband, Holzarbeiterver-band, Zimmererverband, Maurerverband, Landarbeiterverband, Gärtnerverband, Bekleidungsarbeiterverband, Brauerei- und Mühlenarbeiterverband, Lebens-mittel- und Getränkearbeiterverband, Fleischerverband, Malerverband und Maschinisten- und Heizerverband. Dies zeigt auf, dass es auch im sehr agrarisch geprägten Ostpreußen eine ausgefeilte Industrie gab mit reichlich Organisations-potential.

Die Zentralgewerkschaften hatten in Ostpreußen folgende Mitgliedszahlen auf-zuweisen:

1923: 118.668 (vor der Inflation)

1924: 61.907 (nach der Inflation)

1929: 95.970(13)

Sozialdemokratische Arbeiterzeitungen gab es in Königsberg („Volkszeitung“) mit einer Auflage von 10.000, in Insterburg („Volkswacht“) und in Elbing („freie Presse“) mit einer Auflage von 4.000. 1930 richtete die SPD in Königs-berg das „Otto-Braun-Haus“ ein, und darin einen Verlag („Ostpreußen-druck G.m.b.H.“), der mit den neuesten technischen Möglichkeiten ausgerüstet war. (14) Daneben gab es in vielen Orten Ostpreußens eine starke Arbeiter-kulturbewegung, z.B. Arbeitersport- und Gesangsvereine.

3. Novemberrevolution in Königsberg 1918

Zu militärischen Konflikten zwischen Arbeitern und Regierungstruppen kam es während der Novemberrevolution und der Monate danach reichsweit bekannt-licherweise in München, Berlin und Bremen. Doch auch in Königsberg lieferten sich revolutionäre Arbeiter seit dem 10. November 1918 über mehrere Tage Feuertreffen mit den Regierungsverbänden. Dabei wurden aus dem Militär-gefängnis politische Gefangene befreit und ein Soldatenrat für die „Festung Königsberg“ gebildet.(15) Die Kämpfe hinterließen 26 Tote, etwa so viele, wie einige Monate später bei den Kämpfen um die Bremer Räterepublik ihr Leben lassen sollten! Eingesetzt wurden dabei von der revolutionären „Marine-Volkswehr“ Maschinengewehre und Handgranaten gegen die Geschütze und Minenwerfer der einmarschierenden Regierungstruppen. Folgende Angehörige der „Marine-Volkswehr“ wurden später angeklagt: Der „Tapezierer Ruddat, Maurer Förster, Maurer Kuprat, Kaufmann Seidel, Kaufmann Sadowski, Kaufmann Kayser und Soldat Hecht.“ An der Spitze der „Marine-Volkswehr“ stand der prominente Kommunist Erich Wollenberg, der auch am Sturm auf das

Militärgefängnis beteiligt war, als „einziger Offizier an der Spitze der feldgrauen Massen“. Er wurde Chef des „Sicherheitsdienstes des Arbeiter- und Soldatenrates Ostpreußen“ und Chefredakteur der „Roten Fahne des Ostens“ in Königsberg.(16) Bemerkenswert ist hier die Beteiligung von Seiten des Kleinbürgertums. Bei den Revolutionären wurden gefunden: 3.357 Gewehre, 500 Pistolen, 36 Maschinengewehre, 2 Minenwerfer und eine große Menge an Handgranaten und Munition. Reichswehrminister und Sozialdemokrat Gustav Noske höchstpersönlich war in diesen Tagen Vorort, um den präfaschistischen Söldnern in diesem Kampfe beizustehen.(17)

Trotz der Niederlage der „Marine-Volkswehr“ erholte sich die Arbeiterklasse und organisierte am 09. Mai einen Generalstreik und Versammlungen. Wie die Mehrheit aller Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland entschied sich auch der „Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Ostpreußens“ für die Nationalversammlung, statt für eine Räterepublik. Den Kern der Gegner dieser Kapitulation revolutionärer Arbeiter bildete eben jene „Marine-Volkswehr“. Hier wird deutlich, dass die revolutionären Kräfte in Ostpreußen geographisch deutlich gen Küstenstädte tendierten. Dazu zählten neben Pillau, Elbing, Tilsit und Memel auch Königsberg. Wie fast im gesamten Reichsgebiet dominierte die Sozialdemokratie den weiteren Verlauf der stückweisen Eliminierung der Arbeiter- und Soldatenräte zugunsten der Reichsregierung. Die Politik wurde im Wesentlichen von den Namen Otto Braun, Carl Goerdeler u.a geprägt, die für eine kapitalistische Restaurierungspolitik eintraten, welche den Nationalsozialisten später den Weg ebnen sollte. Die Stimmung im Land wurde ansonsten so geschildert:

„In Ostpreußen ist es noch nicht zum Bewusstsein gekommen, dass Deutschland den Krieg verloren hat. Die Militärpartei ist allmächtig und der Militarismus in allen seinen Spielarten nimmt überhand.“(18)

Die Schilderungen über Arbeiteraufstände und Streiks im Folgenden sollen über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen. Die Arbeiterbewegung hatte gerade in Ostpreußen einen sehr schweren Stand, was auch die Syndikalisten dort, wenn sie sich überhaupt einmal zu Worte melden konnten, reichlich beklagten und als Grund anführten, warum sie dort auf verlorenen Posten standen. Die Dominanz der Sozialdemokratie machte hier mit Ausnahme der Schifffahrt jeden Ansatz zu einer emanzipatorischen Bewegung von vorn herein zunichte. Der Oberpräsident von Ostpreußen, August Winnig, machte als Sozialdemokrat sogar mit den Kapp-Putschisten gemeinsame Sache, und wurde aus der Partei ausgeschlossen, um die Paktiererei mit faschistischen Kräften vor der Arbeiterschaft nicht auf die Spitze zu treiben.(19)

Dass dies kein Zufall, sondern bewusstes Kalkül der sozialdemokratischen Partei war, können wir in der syndikalistischen Presse nachlesen. Demnach war Winnig „Schüler August Bebel’s“ und Gewerkschaftsfunktionär des Bauarbeiterverbandes. Er war zudem Redakteur des „Grundstein“ (Organ des

Verbandes) und deutscher Gesandter im Baltikum. Als „Kriegshetzer“ gab er folgendes von sich:

„...Das Morgen wird der Feind von Heute sein. Es wird Krieg ansagen den blutleeren Phrasen vom ewigen Frieden, dem kindischen Gelalle von Recht und Gerechtigkeit, der hohlen Rederei von Kultur und Menschlichkeit. Den ewigen Frieden dieser Art, wie wir ihn heute erleben, werden wir hassen, solange ein Atem in uns ist.“(20)

Er wurde als uneinsichtiger „Massenschlächter von Lettland, Kurland“ geoutet und so zitiert:

„Streckt man die Hand nach Danzig aus, so können wir uns über solche Schmach nicht mehr auf den Protest des Wortes beschränken. Da müsste und würde das deutsche Volk wieder zur Nation werden, die freudig alles setzt an ihre Ehre“.(21)

Hieraus wird deutlich, dass Winnig einen faschistischen Putsch nur begrüßen konnte!

Der sozialdemokratische Geschichtsschreiber, Funktionär im Zentralverband, Wilhelm Matull, der die wohl einzigen größeren Ausarbeitungen zur Arbeiterbewegung Ostpreußens verfasste, betonte auch die „Verdienste“ Winnigs. So hat die Sozialdemokratie der Ebert und Noskes eben auch in der Geschichtsschreibung ihre Kontinuität, wenn Matull konstatiert:

„(...) dann war die Revolutionsphase in Ostpreußen beendet. Reichskommissar August Winnig und Reichswehrminister Noske haben sich in dieser Zeit in Ostpreußen bemüht, zu Einsicht und Vernunft zu kommen.“(22)

Das taten sie auch 1933, als sie den Nazifaschisten kampflos das Feld räumten, mit ihnen zusammen sogar den 1. Mai feierten und Gustav Noske sich von den Nazis seine Pension auszahlen ließ, welche ihm die Nazis wegen seiner Verdienste im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zugestanden.

4. Die Seeschifffahrt

Der Polizeidirektion Bremen lag 1922 eine Liste von vermeintlichen Vereinslokalen der „Industrial Workers of the World“ (IWW) in folgenden Städten vor: Hamburg, Stettin, Bremen, Emden, Lübeck, Kiel, Rostock, Wismar, Danzig, Pillau, Swinemünde, Königsberg, Memel, Bremerhafen, Brake und Nordenham.(23)

In Königsberg hatte der Deutsche Schiffahrtsbund, im Jahre 1922 am Lizenzen Graben sein Lokal. Der Kassierer des DSB für Königsberg sei Julius

Mottens, der daselbst wohne und gleichzeitig Inhaber der Gaststätte sei. Von Verbindungen des DSB zur IWW wurde nichts vermerkt. Zudem wurden von den örtlichen Polizeibehörden keine Aktivitäten „linksradikaler“ Seeleute in Königsberg festgestellt.(24) Ähnliches ließ im gleichen Jahr die Polizeiverwaltung in Pillau verlauten: „*Die Gastwirtschaft von Henri Hammer, Holzweise 5, ist Vereinslokal des ,Deutschen Schifffahrtsbundes‘*“.(25)

Dieser sei nicht der IWW zugehörig. In Memel hatte der Deutsche Seemannsbund ein Lokal mit dem Restaurant Kylau „Am Winterhafen“ als Zahlstelle. Jedoch meldete auch die hiesige Polizeistelle keinerlei Versammlungen „linksradikaler“ Art:

„*Auch sonst ist die IWW hier in keiner Weise in Erscheinung getreten.*“ (26)

Sowohl die IWW als auch der Deutsche Schifffahrtsbund, welcher aus dem Deutschen Seemannsbund hervorging, standen der anarcho-syndikalistischen Organisation phasenweise sehr nahe. Die IWW, 1905 gegründet und mit zeitweise 100.000 Mitgliedern weltweit, stellte vor allem eine klassenkämpferische Organisation für prekär Beschäftigte Arbeiter dar. Dazu zählte vor allem die Schifffahrt. Das erklärt auch die Unsicherheit bei den polizeilichen Ermittlungen in Bezug auf die deutschen Vereinigungen, welche mehrere tausend Mitglieder von der Memel bis zur Ems vereinigen konnte. Der Deutsche Seemannsbund gehörte von 1918 bis 1920 der FAUD an, trat dann jedoch in den Zentralverband über und der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) bei, was zum Bruch mit den Anarcho-Syndikalistern führte. Andernorts verbanden sich syndikalistische Hafendarbeiter direkt mit den Seeleuten und gingen so eine organisatorische Verbindung ein. Für Königsberg gab es keine Hafendarbeiter-föderation. Der Schwerpunkt syndikalistischer Organisation lag im Baubereich.

5. Ein Streik der Hafendarbeiter

Dass es selbst in der tiefen Provinz Ostpreußen zu bemerkenswerten Erhebungen in Küstengebiet kommen konnte, macht folgendes Beispiel deutlich:

Die Hafendarbeiter Königsberg befanden sich seit dem 01. Juni 1931 im Streik. Dieser wurde organisiert von „Die Internationale der Seeleute und Hafendarbeiter“. Als Gegner stellten sich der Zentralverband und die Streikbrecherorganisation „Technische Nothilfe“ (THW-Vorläufer) heraus: „Die Königsberger Hafendarbeiter schützen ihren Kampf durch Massenstreikschutz“. Der Streik war überschrieben mit „Kampf dem Lohnraub!“ und richtete sich auch gegen den dazugehörigen Schiedsspruch: „Hafendarbeiter! Nehmt überall sofort Stellung zum Kampf eurer Königsberger Kollegen. Lehnt jede Be- und Entladung von Schiffen von oder nach Königsberg ab. Lehnt es ab, Ladung zu bearbeiten, die nach Königsberg beordert ist oder nach anderen Häfen umdirigiert wird. Helft den Königsberger Hafendarbeitern zum Sieg!“ (27)

II. Die Syndikalisten

1. Was wollten die Syndikalisten?

Wir hörten bereits, dass die Syndikalisten weder der sozialdemokratischen, noch der kommunistischen Arbeiterorganisation angehörten. Sie bekämpften sowohl die kapitalistische Wirtschaft als auch die staatliche Organisation.

Zum Selbstverständnis der Freien Arbeiter-Union Deutschlands möchte ich einen kurzen und gut verständlichen Text von Rudolf Rocker aus dem Jahre 1924 anführen mit dem Titel „Der Syndikalismus und seine Aufgaben“. Rocker war der ideelle Kopf der internationalen syndikalistischen Bewegung, welche in den zwanziger Jahren weltweit einige Millionen Arbeiter vereinigte. Er verfasste sowohl die für Deutschland bedeutende „Prinzipienerklärung des Syndikalismus“ als auch die Prinzipien der 1922 wiedergegründeten „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ (IAA). Er führte aus:

„Der revolutionäre Syndikalismus ist eine Klassenbewegung und steht als solche auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und der direkten Aktion. Seine Aufgabe ist eine doppelte:

Er ist einerseits bestrebt, die Lage der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung so günstig wie möglich zu gestalten und durch die Anwendung revolutionärer Kampfmittel wie Streiks, Boykott, Sabotage usw. die Arbeit gegen die Anschläge der Ausbeuter und des Staates zu schützen.

Andererseits betrachtet er es als seine vornehmste Aufgabe, eine neue soziale Ordnung der Dinge anzubahnen und praktisch in die Wege zu leiten, in welche die Verwaltung des gesamten wirtschaftlichen und sozialen Lebens in den Händen des werktätigen Volkes selbst ruhen wird. Es ist diese Aufgabe, welche dem revolutionären Syndikalismus sein besonderes Gepräge und seine geschichtliche Bedeutung für die Zukunft gibt. Denn nur in der vom revolutionären Geiste erfüllten Wirtschaftsorganisation der Arbeiter kann sich die Reorganisation der Gesellschaft vorbereiten und im gegebenen Moment feste Gestalt annehmen. Sie ist Interessengemeinschaft und Ideengemeinschaft in derselben Zeit und verwirft prinzipiell jeden Dualismus in der Arbeiterbewegung, welcher die geistigen Bestrebungen der Arbeiter und die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen in besondere organisatorische Formen zu kleiden bestrebt ist.

Was die Kämpfe des Alltags anbelangt, die sich fortgesetzt zwischen Kapital und Arbeit abspielen, so ist es klar, dass dieselben nur von den Wirtschaftsorganisationen des Proletariats und nicht von politischen Parteien geführt werden können. Die soziale Bedeutung dieser Kämpfe, welche durch das kapitalistische Wirtschaftssystem bedingt sind, darf man durchaus nicht

unterschätzen, wie dies seitens der parteipolitisch eingestellten Arbeiterschaft häufig geschieht.

Es ist eine ganz irrige Auffassung, wenn man behauptet, dass die sogenannten Lohnkämpfe im Grunde genommen ihren Zweck nicht erfüllen, indem man den Anbietern durch Erhöhung der Preise usw. stets das wieder aus der Tasche nehme, was sie als Produzenten dem Unternehmertum abringen.

Wenn es auch wahr ist, dass der moderne Proletarier als Lohnarbeiter niemals genug erwerben kann, um aus seiner sozialen Stellung herauszukommen, so ist es aber nicht minder wahr, dass die Durchschnittskurve der proletarischen Lebenshaltung sehr verschieden sein kann. Es besteht ein großer Unterschied zwischen der allgemeinen Lebenslage des Proletariats aus der Frühzeit des Kapitalismus und der Lebenslage des Arbeiters von heute. Der Arbeiter jener Zeiten war vierzehn und sechzehn Stunden täglich in der Fron und verdiente kaum das Notwendigste, um sein kärgliches Dasein fristen zu können; während der Arbeiter unserer Tage ganz andere Bedürfnisse hat, die man früher gar nicht kannte, und auch folglich ganz andere Anforderungen an das Leben stellt. Und nur seinen wirtschaftlichen Organisationen hat er es zu verdanken, wenn er seine allgemeine Lebenslage unter fortgesetzten Kämpfen auf ein höheres Niveau emporheben konnte. Jede gewonnene Position musste und muß in diesem Kampfe ununterbrochen verteidigt werden gegen die versteckten und offenen Angriffe des Unternehmertums, das stets bestrebt ist, das Lebensniveau des Proletariats auf die tiefste Stufe herabzudrücken. Ein lebendiges Beispiel dafür bietet die gegenwärtige verzweifelte Lebenslage der deutschen Arbeiterschaft, die tief unter den Bedingungen der Vorkriegszeit steht. Während das industrielle und das agrarische Unternehmertum von keinerlei Skrupel beeinflusst, jede Gelegenheit ausnutzt, um während und nach dem Kriege ungeheuerliche Profite auf die Kosten der Allgemeinheit des deutschen Volkes zu erzielen, verführte sozialdemokratische Ideologie die deutsche Arbeiterschaft zu dem törichten Wahn, dass man angesichts der durch den verlorenen Krieg geschaffenen kritischen Lage jede Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung möglichst vermeiden müsse, um die wirtschaftliche Gesundung des Landes nicht zu gefährden. Die Folge war, dass man fast kampflös jede Position dem Unternehmertum gegenüber preisgab und den deutschen Arbeiter zum gewöhnlichen Kuli degradierte.

Aber die fortgesetzten Kämpfe für die Eroberung des täglichen Brotes und die Verbesserung der allgemeinen Lebenslage haben auch noch eine andere Bedeutung, welche ihnen einen hohen ethischen Wert verleihen. Sie sind die beste Erziehungsschule für die Arbeiter, für die praktische Anwendung und Vertiefung ihrer sozialen Empfindungen und ihrer persönlichen Initiative im

Rahmen der gegenseitigen Hilfe und des solidarischen Zusammenwirkens. So wird die Gewerkschaft Erziehungsstätte für die stete Entwicklung der geistigen und sittlichen Fähigkeiten des Proletariats und Betätigungsfeld für die Entfaltung seiner besten sozialen und individuellen Eigenschaften. Die wirtschaftliche Kampforganisation wird ihm auf diese Weise zum Hebel in seinem fortgesetzten Kampfe gegen die Mächte der Ausbeutung und Unterdrückung und in derselben Zeit zur Brücke, auf welcher die Arbeiter aus der Hölle des kapitalistischen Staatssystems in das Reich des Sozialismus und der Freiheit gelangen werden.

Denn auch für die Reorganisation der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus ist die wirtschaftliche Kampforganisation die einzig gegebene Basis, während die Partei sich gerade auf diesem Gebiete als völlig bedeutungslos und unfähig erweisen muß. Die gewaltigen Ereignisse, die sich im Laufe der letzten fünf Jahre in Russland und Mitteleuropa abgespielt haben, legen beredtes Zeugnis dafür ab, dass politische Parteien, beherrscht von den alten Überlieferungen der bürgerlichen Revolutionen, zwar imstande sind, die staatliche Macht zu erobern, dass ihnen aber zu einer wirtschaftlichen und sozialen Reorganisation des gesellschaftlichen Organismus nicht weniger als alles fehlt. Soziale Bewegungen und Neuschöpfungen der Gesellschaft werden eben nicht gemacht durch Staatsdekrete und gesetzliche Verordnungen von oben; sie entwickeln sich vielleicht aus dem Schoße der Massen, aus der freien Auswirkung aller schöpferischen Kräfte im Volke, welche durch die auf Schablonenarbeit und totes Mechanisieren eingestellte Routine einer Regierung, wie revolutionär sie sich immer gebärden möge, in ihrer natürlichen Entfaltung gehemmt und allmählich ganz erstickt werden.

Gerade Russland hat in dieser Hinsicht ein mahnendes Beispiel gegeben, dessen unheilvolle Konsequenzen für die gesamte internationale Arbeiterschaft in ihren Einzelheiten heute noch gar nicht zu übersehen sind. Indem dort die sogenannte Diktatur einer bestimmten Partei alle natürlichen Organe des gesellschaftlichen Wiederaufbaus entweder gewaltsam zerstört hat, wie dies mit dem großen Netz der Genossenschaften der Fall war, oder andere, wie die Gewerkschaften und die Sowjets, in einfache Institutionen des neuen Staates umgestaltete, hat sie in derselben Zeit alle Vorbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus künstlich unterbunden und ist heute mehr und mehr gezwungen, sich auf den Weg der kapitalistischen Wirtschaftsweise zurückzugehen.

Die Diktatur war zwar imstande, ein politisches Unterdrückungssystem zu entwickeln, welches den Despotismus des zaristischen Regimes weit in den Schatten stellte, aber sie erwies sich vollständig unbrauchbar und versagte

völlig, als es sich um eine schöpferische Umgestaltung der Wirtschaft handelte.

Gegen die Politik des Staates und der Parteien setzt der revolutionäre Syndikalismus die Wirtschaftspolitik der organisierten Arbeit gegen die zersetzende Tätigkeit der Berufspolitiker die konstruktive Verwaltungstätigkeit der wirtschaftlichen Organisationen. In diesem Sinne gilt es schon heute die ganze sozialistische Erziehung der Massen einzustellen. Es kann sich nicht darum handeln, den Arbeitern die Mittel und Wege beizubringen, die man als zweckdienlich und notwendig erachtet, eine gewisse politische Partei in den Besitz der Staatsgewalt zu setzen, sondern darum, sie zu lehren, wie man die Betriebe verwaltet, die Produktion nach neuen Gesichtspunkten reorganisiert und die bestehenden Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft aus dem Wege räumt. Mit einem Wort: Nicht um die Eroberung der Betriebe und des Grund und Bodens.

Die revolutionären Syndikalisten sind der Meinung, dass jede neue Wirtschaftsform auch eine neue Form der politischen Organisation nach sich zieht, ja, dass sie sich nur innerhalb dieser neuen politischen Form des gesellschaftlichen Lebens durchsetzen und entwickeln kann. So fand das Gildensystem des Mittelalters seinen politischen Ausdruck in der Freien Stadt, der Feudalismus und das System der Hörigkeit im absoluten Königtum, die Wirtschaftsform des Kapitalismus im modernen Vertretungsstaat. Es ist daher klar, dass auch die sozialistische Wirtschaftsordnung ihre besondere politische Organisationsform auswirken und entwickeln muß, wenn sie nicht von Anfang an zur Unfruchtbarkeit verdammt sein will. Aber diese neue Form der politischen Organisation der Zukunft kann weder der Vergangenheit entlehnt, noch der Gegenwart willkürlich nachgeahmt werden. Sie muß vielmehr das unmittelbare Ergebnis der Neueinteilung des gesamten Wirtschaftslebens sein und in diesem ihre natürliche Begründung und Stütze finden. Zusammen mit dem System der wirtschaftlichen Monopole und der Ausbeutung der Massen muß auch das System der politischen Bevormundung und Beherrschung verschwinden, das durch jenes bedingt ist, oder - um mit Saint-Simon zu sprechen - die Kunst, Menschen zu regieren, muß durch die Kunst, Dinge zu verwalten, ersetzt werden.(28)

Um diese Ansichten zu verbreiten, besuchte die Berliner Geschäftskommission auf ihren Rundreisen durch das Reichsgebiet auch Königsberg.(29) Insbesondere beherzigten die Syndikalisten die Ablehnung des Bolschewismus: Für das „Vereinte Komitee zum Schutze inhaftierter Revolutionäre in Sowjet-Rußland“ spendete in Königsberg das „Joint Comitee“. Für diese Kampagne, organisiert von Milly Witkop-Rocker, spendeten Anarchisten und Revolutionäre aus vielen Ländern, u.a. Pierre Ramus und Emma Goldmann.(30)

2. Die syndikalistischen Berufsföderationen

2.1. Die syndikalistischen Bauarbeiter und ihre Geschichte

Eine Vereinigung der Maurer existierte auf den Kongressen der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVDG) in den Jahren vor 1914 unter dem Kongreßdelegierten Otto Graßmann,(31) welcher in der Forschung von Wilhelm Matull für die selbe Zeit auch als Zentralverbandsvorsitzender der Maurer Ostpreußens geführt wird.(32)

Die lokalistische Strömung innerhalb der Sozialdemokratie entstand nach Aufhebung der Sozialistengesetze 1890. Sie separierte sich 1897 mit der Gründung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften von den Zentralverbänden, blieb aber der Partei vorerst verbunden. Fortan versuchten die Zentralverbände und die sozialdemokratische Partei, in den Reihen der Lokalisten (später Syndikalisten/Anarcho-Syndikalisten) Unruhe zu säen, um viele der Abtrünnigen wieder in die alten Verbände zurückführen zu können. Geprägt von dieser Frage waren besonders die Reichsparteitage der SPD von 1906 bis 1908. Innerhalb der FVDG wurde Unruhe geschürt, um eine Spaltung dieser sich zum Anarcho-Syndikalismus hinentwickelnden Organisation zu provozieren. Und das hatte Auswirkungen auf die Organisation in Königsberg: Für einen Vorkriegskongress der Freien Vereinigung war A. Kleist Delegierter für die Maurer Königsberg und stimmte (ganz im Sinne der SPD) für den Antrag auf Auflösung der FVDG. Doch wurde dieser Antrag mit rund 90 zu 48 Stimmen abgelehnt. Daraufhin verließ Kleist mit einer Sammelerklärung von etwa drei Dutzend Teilnehmern, darunter Zimmerern, Schiffbauern, Bauarbeitern und dem ganzen Verband der Isolierer unter „ironische(m) Beifall“ den Kongress.(33) Aus zeitgenössischer Sicht wurde dazu erklärt: „Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1906 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt (...) An alle Gesinnungsgenossen richten wir das dringende Ersuchen, unserem Beispiel zu folgen und dazu beizutragen, daß einer einheitlichen Arbeiterbewegung auf dem Boden des Sozialismus die Wege geebnet werden können.“(34) Die Königsberger Syndikalisten waren im Gegensatz zu allen anderen sozialdemokratischen Strömungen, einschließlich des linken Flügels Propagandisten des General-streiks.(35) Die Delegierten der Königsberger Töpfer, Heinrich Dierks und Rudolf Krüger, stimmten gegen die Auflösung.(36) Die Freie Vereinigung der Bauberufe in Königsberg erwies sich als stabil und wirkte bis in die Nazizeit fort.(37)

2.2. Die Maurer Königsberg

Der Ortsverband der Maurer Königsberg organisierte in den Jahren 1925 und 1926 ein Pfingsttreffen der anarcho-syndikalistischen Vereinigungen. 1926 luden sie dafür durch den Genossen Hans Kalina nach Insterburg ein. Anmeldungen nahm Paul Kluwe (Altroßgärtner Predigerstr. 28) an. An den beiden Pfingsttagen sollten Berichte aus den einzelnen Ortsvereinigungen erfolgen, über die weitere gemeinsame Arbeit beratschlagt und Referate zu den Themen „Entstehung der Lohnknechtschaft und der Arbeitslosigkeit“, „Syndikalistische Gewerkschaften und Räte“, sowie „Revolutionäre und antiautoritäre Weltanschauung“ gehalten werden.(38)

2.3. Die Bauberufe vereinigt

Gegen Ende der zwanziger Jahre wurden die Maurer und Bauarbeiter zusammen organisiert in der Föderation der „Maurer und Bauarbeiter Königsberg i. P. und Umgebung“. Diese hielt am 02. Februar 1928 ihre Generalversammlung ab. Neu gewählt wurden Heinrich Legien zum 1. Vorsitzenden, Ernst Schwarz zum 1. Kassierer, Robert Bastian zum 1. Schriftführer und Otto Graßmann.

Waren sie bisher noch der von der FAUD abgespaltenen syndikalistischen Bauarbeiter-Föderation um Robert Buth angehörig, so entschieden sie sich auf dieser Generalversammlung zum Anschluß an die FAUD- Bauarbeiterföderation. Die lokale Anschrift der Bauarbeiter war die Adresse des Vorsitzenden Heinrich Legien in der „Rechte Str. 109-110“ im Königsberger Stadtteil Sackheim.(39)

2.4. Die Töpfer

Der „Fachverein der Töpfer in Königsberg“ dürfte Vorort der älteste gewesen sein. Er wurde im Jahre 1884 gegründet. Funktionäre sind jedoch erst aus den Jahren 1901-03 bekannt: Für die Reichskongresse der FVDG in diesen Jahren delegierten die Töpfer Königsbergs u.a. Rudolf Krüger, H. Kapinsky, Ernst Koppel und Heinrich Dierks.(40) Weitere Namen entnehmen wir den Todesanzeigen infolge des von der Sozialdemokratie mitfinanzierten und propagierten Massensterbens:

Im Ersten Weltkrieg fiel am 08. September 1914 das Vorstandsmitglied Otto Roppel in Russland,(41) sowie der Kollege Gustav Tobias am 17. Mai 1915. (42)

Am 25.12.1918 starb Rudolf Krüger, „ein Mann von geradem aufrichtigen Charakter“, welcher als Gründungsmitglied seit 1884 beim „Fachverein der Töpfer in Königsberg“ organisiert war. Bis zum Ausschluß der lokalistischen Parteimitglieder war er auch in der sozialdemokratischen Partei organisiert und

setzte sich für das Weiterbestehen der FVDG gegen die Verschmelzungsabsichten mit den Zentralverbänden ein.(43)

Aus einem Nachruf von Fritz Kater - mit einer kurzen Unterbrechung Obmann der Geschäftskommission von 1897 bis 1930 - erfahren wir von einem weiteren Mitglied und darüber hinaus von dem weiteren Schicksal der Töpferorganisation:

„Robert Schlicht

Ein alter Veteran, der schon Mitbegründer der früheren lokalistischen Töpferorganisation in Königsberg i. Pr. war und bis zu seinem Ableben der Idee des Syndikalismus treu blieb, ist am 6. April (1924, Anm. d. A.) einem Herzschlage erlegen. Die Vereinigung der Töpfer in Königsberg i. Pr. mußte vor Jahren schon ihre Selbständigkeit aufgeben, weil die Mitglieder auf Grund des vom Zentralverbände abgeschlossenen Tarifvertrages nirgends mehr Beschäftigung fanden. Ein kleiner Teil blieb aber trotzdem der syndikalistischen Idee treu und war ständig Leser des „Syndikalist“ und der übrigen syndikalistischen Literatur. Unter ihnen Robert Schlicht. Noch kurz vor seinem Ableben erklärte er, bis zu seinem letzten Atemzuge stehe er mit ungebrochenem Vertrauen zu unserer Sache und sei ihres Sieges gewiß.

Am Freitag, den 11. April, fand die Einäscherung statt. Jede Blumenspende hatte er sich vor seinem Ableben ausdrücklich verboten.

Die Jugendgenossen in Königsberg und auch wir, die ihn kannten, werden seiner stets in Ehren gedenken.

F.K.“(44)

2.5. Die Binnenschiffer

Die Vereinigung der Binnenschiffer war der FAUD in den weiteren zwanziger Jahren noch direkt angeschlossen und konnte auf manchen Stromgebieten eine rege Tätigkeit entfalten.

Ende 1925 startete die Binnenschiffervereinigung der FAUD einen Aufruf, dass ihre Vereinigung in den Stromgebieten von den anliegenden Ortsvereinen unterstützt werden solle, insbesondere von den Hafendarbeitern. Hierzu stellten sie auch das Pregelstromgebiet mit Königsberg heraus. Von Aktivitäten dort konnte jedoch erwartungsgemäß nichts berichtet werden.(45) Die Memel zählte trotz anfänglicher Planungen nicht mehr zum Organisationsgebiet der syndikalistischen Binnenschiffervereinigung.(46)

3. Die Agitationskommission

Agitationskommissionen wurden von FAUD- Gruppen reichsweit eingerichtet – auch für Ostpreußen -, um überregionalen Austausch herzustellen. Sie war beispielsweise für die Verbreitung von Schriften oder für die Organisierung von Vortragsreisen zuständig und koordinierte diese in einer bestimmten Region.

Sie zeichnete sich verantwortlich für die kulturelle Aktivität der FAUD, während die Industrieföderationen die Gewerkschaftsarbeit machten. Die syndikalistische Arbeiterbewegung vereinte ökonomische, politische und kulturelle Aktivität in einer Organisation, um der fatalen Aufteilung in Parteien und Gewerkschaften vorzubeugen, welche die Sozialdemokratie zu einem korrupten und sozial-partnerschaftlichen Bürokratenapparat verkommen ließ. Nach einem erfolg-reichen Generalstreik hätten diese Kommissionen, später Arbeiterbörsen genannt, die Aufgabe, den Konsum und die Verteilung der Produkte zu organisieren. Sie würden dann umgewandelt zu statistischen Büros zur Bedarfsermittlung, während die Industrieföderationen die Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung führen sollten und sich mit den Börsen zu koordinieren hätten.(47)

4. Die syndikalistisch-anarchistische Jugend

4.1. „Sturmvolk – Bund revolutionärer Jugend Deutschlands“/ „Sturmscharen“

„Wenn wir Schaffenden nur wollen!“

*Wenn wir Schaffenden nur wollen,
wir in Schacht, Fabrik und Heer,
kann kein Güterzug mehr rollen,
und kein Dampfer furcht das Meer.
Jedes Schwungrad der Maschinen,
alles Tun in Feld und Haus,
jede Drehung der Turbinen,
setzt bei unserm Vormarsch aus!*

*Wenn wir Schaffenden nur wollen,
wird der Freiheit Banner wehn
über Werft, Fabrik und Stollen,
wo der Arbeit Sklaven stehn.
Und Erfüllung wird dem Sehnen:
Unser der Betrieb, - das Feld!
Und das heulen der Sirenen
Proklamiert die neue Welt!*

*Wenn wir Schaffenden nur wollen,
wenn wir wagen Tod und Tat,
wird zur Explosion das Grollen
und zersplittert Zwang und Staat!
All die Armen, Schmerzensvollen*

*steigen aufwärts in das Licht!
Wenn wir Schaffenden nur wollen!
...Aber ihr – ihr wollt ja nicht!!!“*

H(ans).G(odesin). Grimm „Sturmvolk“(48)

4.1.1. Wer war das „Sturmvolk“?

Sie selber gaben in einer Auseinandersetzung mit Kommunisten darüber unter der Überschrift „'Kommunistische' Jugend, Sturmvolk und der Fascismus“ folgendermaßen Auskunft:

„Erst jetzt gelangten wir in den Besitz eines Artikels der ‚Arbeit‘, einer ‚Zeitschrift für Theorie und Praxis der kommunistischen Jugendbewegung‘, indem der Bonzen-Anwärter Günter Hopffe mit großem Geschrei gegen unsern Bund ‚Sturmvolk‘ als der ‚Jugendabteilung der – Nationalsozialisten‘ (!) zu Felde zieht (III. Jahrg. 8/9). Anlaß dazu bot ihm der in unseren Kreise als ‚Heilsberger Programm‘ bekannte, Pfingsten 1922 den Mitgliedschaften zur Erörterung unterbreitete Richtlinien- Entwurf, der in der Tat zu Missdeutungen Anlaß geben kann. Um aber diesen Heilberger Entwurf gebührend würdigen zu können ist es notwendig, kurz auf die Geschichte unseres Bundes einzugehen. ‚Sturmvolk‘ kommt - wir haben gar keine Ursache, das zu verschweigen, - aus der freideutschen Jugendbewegung, - aus d e r Jugendbewegung, deren Hoh-Meißner-Gelöbnis einst von Revolutionären wie Karl Henkell, Hans Paasche und Gustav Landauer begeistert begrüßt wurde, - aus d e r Jugendbewegung, die auch der „K.J.“ in Bittel, Wittfogel und Heinz Klute Mitkämpfer von beachtenswertem Können gegeben hat.(49) Wie in allen Jugendbünden der Freideutschen, so standen sich auch in unserem ‚Sturmvolk‘, das sich damals noch ‚Jugendbund für deutsches Volkswandern‘ nannte, zwei Gruppen von Menschen gegenüber: Proletarier und Bourgeois, - Stürmer und Träumer, - Revolutionäre und Romantiker; - und als im Winter 1921 sich dieser innere Gegensatz immer krasser gestaltete, kam es zum Bruch. Alle revolutionären Elemente verließen den alten Bund, der bald ganz ins Fahrwasser der ‚Nichts-als-Jugendlichen‘ geriet, und schlossen sich zu einem ‚Sturmvolk, Bund revolutionärer Jugend Deutschlands‘ zusammen. – Ganz selbstverständlich war sich auch dieser neue Bund nicht von vornherein über alle grundsätzlichen und taktischen Fragen einig, dann war er auch aus viel zu verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt. Neben überzeugten Anarchisten gab es eine große Anzahl Anhänger des Hamburger Kommunismus, neben Syndikalisten und Unionisten Personalisten, Christrevolutionäre und Individualisten. Sie alle waren sich aber in folgenden Punkten einig:

- 1. Bekenntnis zum klassenkämpferischen Sozialismus.*
- 2. Bekenntnis zur revolutionären direkten Aktion.*
- 3. Ablehnung jeder Partei und jedes Zentralismus.*

Von diesen drei Punkten ausgehend, wurden dann die Vertreter der einzelnen revolutionären Richtungen im Bund mit der Ausarbeitung von ‚Allgemeinen Richtlinien‘ zum 1. Bundestag beauftragt. Die Wolffheimschen Kommunisten nun legten die Richtlinien vor, aus denen Herr Günther Hopffe frohlockend zitiert, - die ‚reinen‘ Anarchisten dagegen veröffentlichten ihren Entwurf in Nr. 28 des IV. Jahrganges der Hamburger Wochenschrift ‚Alarm‘, in denen sie jeder KPD-Bonze gefälligst nachlesen wolle. – Die Bundesvertretertagung Anfang Oktober 1922 übertrug nun den Kameraden R. O. Puppel, M. H. Grawert und H. G. Grimm die endgültige Redaktion der Richtlinien und nahm diese endgültige Fassung dann einstimmig in allen Gauen im Winter 1922/23 an. Diese allein gültigen Bundesrichtlinien, die dann auch im ‚Syndikalist‘ (Nr. 14. -1923) zum Abdruck gelangten (siehe nachstehenden Text, Anm. d. A.), bedeuteten den völligen Sieg der anarchistisch-bakunistischen Idee in unseren Sturmcharen über alle kleinbürgerlichen Tendenzen. Diese Richtlinien, die wohl geeignet gewesen wären, den Machern der ‚K‘ J ein Licht über uns aufzustecken, wenn eben Rubel-Bolschewisten und Bonzen-Anwärter überhaupt durch Vernunftgründe zu belehren wären, sprechen sich klar und eindeutig in Punkt 8 über unsere Stellung zum Fascismus aus: ‚Wir wenden uns entschieden gegen jede Art von Nationalismus und Patriotismus. Wir kennen keine National- sondern nur Klassenkämpfe‘.

‚Sturmvolk‘ weiß, wodurch es sich den Zorn der Moskauer zugezogen hat: die mehr und mehr um sich greifende Durchsetzung der ‚K‘ J mit anarchistischen Gedankengängen beweist die Zugkraft unserer Idee. Sahen die Bonzen in uns nicht eine Gefahr für ihre Parteimaschinen, sie hätten nie und nimmer eine ganze Spalte ihres Organs uns und unserer Arbeit gewidmet. Es ist nicht der ‚Fascismus‘, vor dem diese Burschen die Arbeiterbewegung warnen zu müssen glauben. – nein, - dem anti-autoritären bonzengegnerischen Sozialismus gilt ihr Kampf! – Mit ihren fascistischen Gesinnungsgenossen werden die Schlageter- Lobredner schon einmal die ‚Einheitsfront‘ herstellen. – darum ist ihnen nicht bange! – aber vor der Rache der sich betrogen fühlenden Proletarier, vor dem drohenden Verlust ihrer rubelgesegneten Futterkrippe, davor beben sie!

Wenn, - nach Karl Radek -, Fascismus die Gewinnung von Arbeitermassen durch revolutionäre Parolen für konterrevolutionäre Ziele ist, dann ist niemand fascistischer als die KPD und ihre getreue K.J.!

Königsberg i. Pr.

Meunbach Westf. Am 7. Januar 1924

*‚Sturmvolk, Bund revolutionärer Jugend Deutschlands
Bundesrat.*

*Hans Godesin Grimm, Reinhart Oswin Puppel,
Alfred Hermann Bonnemann“ (50)*

4.1.2. Programm und inhaltliche Ausrichtung

Die oben erwähnten Richtlinien wurden so wiedergegeben:

Richtlinien des „Sturmvolk“, Bund revolutionärer Jugend Deutschlands

„Sturmvolk“ ist ein Bund junger Anarchisten Deutschlands. Seine Grundlage ist der Volkskommunismus, wie ihn zuerst Michael Bakunin vertrat.

- 1. Auf dem Boden des historischen Materialismus stehend, erstreben wir die Befreiung der Menschheit vom Los der Lohnsklaverei und des Staates durch den organisierten Klassenkampf der Werktätigen.*
- 2. Unser Ziel ist die Anarchie: Ordnung durch Bünde der Freiwilligkeit, deren wirtschaftliche Grundlage der Kommunismus ist.*
- 3. Wir sind der Ansicht, dass dieses Ziel nie durch die Arbeit politischer Parteien, sondern nur durch die direkte Aktion der proletarischen Wirtschaftsorganisation erreicht werden kann.*
- 4. Aus diesem Grunde bekämpfen wir alle Versuche angeblich ‚kommunistischer‘ Parteien, die Diktatur ihres Führerklingels den arbeitenden Massen aufzuzwingen. Hingegen erstreben wir die Überführung des Privatgutes in den Allgemeinbesitz durch die Diktatur der proletarischen Wirtschaftsorganisationen, - durch die Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse.*
- 5. So haben wir eine doppelte Aufgabe zu erfüllen:*
 - a) Die Entfaltung des Kampfwillens in den werktätigen Massen, - die Erziehung zur selbständigen, direkten Aktion – die Entlarvung der scheinrevolutionären Partei-Phraseure als Saboteure der Selbstbefreiung des Proletariats;*
 - b) die Heranbildung der Arbeiterschaft für die selbständige Verwaltung des gesamten Wirtschaftslebens.*
- 6. Aus dieser Einsicht heraus bekämpfen wir erbittert jede Form von Zentralismus und Bonzenthum, die die Tatkraft des einzelnen und das eigene Dasein vergewaltigt und so die selbständige Initiative der Massen unmöglich macht. Auf dem Boden der Freien Räte stehend, vertreten wir den Grundssatz des Föderalismus, d.h. des freiwilligen Zusammenschlusses aller Kräfte auf der Basis der gemeinsamen Interessen und Überzeugungen.*
- 7. Wir bekennen uns als entschlossene Gegner jeder Art von parlamentarischer Betätigung. Das Parlament ist der politische Kampfboden des Bürgertums und eine der ausgezeichnetsten Korrumpierungsanstalten des Proletariats.*
- 8. Wir wenden uns entschieden gegen jede Art von Nationalismus und Patriotismus. Wir kennen keine National- sondern nur Klassenkämpfe. Erst der Sieg des Proletariats über seine Ausbeuter, erst die Besitzergreifung von Betrieb und Land durch die arbeitende Menschheit wird die Voraussetzung zur Ent-stehung volklicher Kulturen schaffen.*

9. Grundsätzlich und methodisch sind wir Gegner des Militarismus als des organisierten Systems staatlicher Gewalt und betrachten die antimilitaristische Propaganda als eines unserer wichtigsten Kampfmittel gegen die bestehende Gesellschaft!

10. Wir betonen nochmals ausdrücklich, dass das Schwergewicht unserer Tätigkeit auf die Auslösung revolutionärer und direkter Aktionen der Masse gelegt ist. Als Kampfmittel erkennen wir an: Propaganda, Demonstrationen, Boykott, passive Resistenz, Streik und Sabotage; sie haben sämtlich der Vorbereitung des sozialen Generalstreiks zu dienen.

11. Da wir der Ansicht sind, dass ein im sozialen Generalstreik errungener Sieg des Proletariats nur durch die rücksichtsloseste Diktatur der arbeitenden Klasse verewigt werden kann, anerkennen wir unumschränkt die Waffengewalt als Machtmittel der Revolution, gehandhabt von den Belegschaften der Betriebe. 12. Der Aufbau der anarcho-kommunistischen Wirtschaft nach vollzogener Umwälzung wird Aufgabe der im Betriebe wurzelnden revolutionären pro-letarischen Wirtschaftsorganisation sein. Organisationen dieser Art sind aber keineswegs die sogenannten „Freien“ Gewerkschaften, sondern einzig und allein die auf föderalistischer Grundlage aufgebauten Freien und Allgemeinen Arbeiter-Unionen. Ihr Zusammenschluß zur Einen Großen Union erscheint uns als das Gebot der Stunde

13. Wir sind der Meinung, dass Anarchismus, Syndikalismus und Industrialismus gleichgerichtete Bewegungen sind, da ihr Kampf denselben Gegnern gilt: dem Kapitalismus, dem Staat, dem Zentralismus, dem Militarismus, der Kirche, den Parteien. Wir erstreben daher ein inniges Kartellverhältnis zwischen allen antiautoritären sozialistischen Richtungen und ihre allweltliche Zusammenfassung in einer anti-autoritären Arbeiter-Internationale.

14. Wir glauben, dass gerade uns Jugendlichen eine wichtige Rolle in dieser Periode des kapitalistischen Zerfalls zufällt: in unseren Organisationen schon heute den Versuch zu wagen, sozialistische Lebensformen in Wirklichkeit umzusetzen, ohne darüber den Kampf für die Befreiung des Proletariats zu vernachlässigen. Nachdrücklichst haben wir uns der Forderungen der Lehrlinge anzunehmen und ihnen bei jeder Gelegenheit Gehör zu verschaffen.

15. Unser Gegner ist nicht der in Amsterdam oder in Moskau organisierte Arbeiter, sondern einzig und allein das raff- und machtgierige Bonzentum angeblich sozialistischer Parteien und Zentralgewerkschaften. Mit dessen Vernichtung durch das zum Selbstbewusstsein erwachte Proletariat erst beginnt der große Befreiungskampf der Arbeitenden gegen die Schmarotzer. Diesem Kampf das schwarze Sturmbanner vorantragen zu dürfen als wagende, tatende, stürmende Jugend ist unsere Sehnsucht, ist unsere Hoffnung!

Königsberg i. Pr.- Rathshof, Richterstr. 12.

„Sturmvolk, Bund revolutionärer Jugend Deutschlands. Bundesrat

I.A.: Hans Godwin-Grimm – Reinhart O.Puppel“(51)

Die inhaltliche Ausrichtung orientierte sich ganz an den Vorstellungen einer wirtschaftlichen Kampforganisation anstelle einer bloßen Ideengemeinschaft. Dies sei wichtiger als „alle revolutionären Kunstabende und phrasenreichen Konferenzen der Jugend. Nur auf dem harten Boden der wirtschaftlichen Tatsachen, nicht in den höheren Sphären gedanklicher Abstraktionen wird von uns die Befreiung der Menschheit erkämpft werden.“, so äußerte sich der „Bundesrat“ vom „Sturmvolk. Bund revolutionärer Jugend Deutschlands“(52) Sie bekannten sich zu den Ausführungen in dem folgendem Artikel:

„Muß die Jugend für Reformen kämpfen?

Der Syndikalismus ist in seinem Charakter revolutionär. Das schließt nicht aus, daß er sich für bestimmte Reformen einsetzt. Im Kampf um Reformen schult sich der Arbeiter zum großen Kampf zur Beseitigung der Klassenherrschaft und der Lohnknechtschaft. Die Aufgabe der Syndikalistinnen ist deshalb eine doppelte:

1. Es gilt, unablässig für die Erringung besserer Arbeitsbedingungen, für Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung sanitärer und hygienischer Einrichtungen in Fabriken und Werkstätten und für die Stärkung der moralischen Unabhängigkeit der Arbeiter zu kämpfen. Sie haben aber dabei nicht zu vergessen, daß die dem Unternehmertum abgerungenen Reformen keinen dauernden Wert haben können, sondern nur als eine Stufe zu weiteren, radikaleren Verbesserungen zu betrachten sind, und dass jede Reform, die nicht eine Beschneidung der Privilegien, des Unternehmertums darstellt, von vor-nherein als wertlos zu betrachten ist.

2. Die Syndikalistinnen haben ihre Wirksamkeit nicht auf die Erlangung von teilweise, für den Augenblick lindernden Reformen zu beschränken. Sie haben vielmehr jederzeit die Überzeugung zu betätigen, dass nur die Abschaffung des Lohnsystems und des Staates überhaupt das endgültige Heilmittel gegen die Ausbeutung und das Elend des Menschengeschlechts sein kann. Deshalb haben sie in ihren Organisationen die Enteignung der Kapitalisten dadurch vorzubereiten, dass sie ihre Mitglieder für das neue soziale Leben erziehen und deren geistige Entwicklung nach Kräften fördern. Was uns scheidet von Parteien und Zentralverbänden, das ist, dass diese glauben, auf parlamentarischem Wege, mit gesetzlichen Mitteln und auf dem Verhandlungswege die Lebenslage der Arbeiterschaft dauernd bessern und schließlich auch die sozialistische Wirtschaftsordnung herbeiführen zu können. Wir Syndikalistinnen dagegen sind Befürworter der direkten Aktion. Wir sagen den Arbeitern, wenn ihr wirklich stark genug seid, irgendeine Reform im Parlament durchzudrücken, warum wollt ihr dann den Umweg über das Parlament nehmen, warum erkämpft ihr diese Reform nicht direkt von euren Ausbeutern und Unterdrückern? Das Parlament ist ein Instrument der Herrschenden und

Besitzenden, um ihre differierenden Interessen miteinander auszugleichen, niemals aber ein Instrument, das der Befreiung der Lohnsklaven dienstbar gemacht werden kann. Wählen, Reden und Gesetzmachen sind notwendige Dinge für das Bürgertum, das daran interessiert ist, das Privateigentum und den Staat als Herrschaftsinstrument aufrechtzuerhalten. Das Interesse der Armen, der Proletarier aber ist es, alles zu tun, um Privateigentum und Staat zu beseitigen. Und jede direkte Handlung gegen den Besitzer von Grund und Boden ist unendlich wirksamer als jahrzehntelanges Wählen zu den Parlamenten. Die direkte Aktion ist weit erfolgreicher. Und jeder Erfolg stählt den Mut zu neuen Aktionen und zu neuen Forderungen.

Nun wissen wir aber auch, dass die brauchbarsten und andauernsten Kampfgenossen nicht aus den allerschlechtest bezahlten und aus den geistig am tiefsten stehenden Schichten des Proletariats hervorgehen. Wer Kämpfer sein will für eine bessere, gerechtere Gesellschaftsordnung, der muß die Zustände, unter denen er zu leben gezwungen ist, schmerzhaft und mit Ekel empfinden. Wer Sozialist ist, der muß die Ursachen der heutigen Ausbeutung und Unterdrückung der breiten Massen wissen, der muß die Mittel kennen, mit denen er sich gegen die Ursachen wendet und der muß sich lebhaft eine andere Gesellschaftsordnung vorstellen können, in der jedem Menschen die Möglichkeit gegeben ist, seine Fähigkeiten frei entwickeln zu können und seine Bedürfnisse zu befriedigen. Niemals wird der Sozialismus aus dem krassesten Elend hervorgehen können.- Körperlich und geistig zerbrochene Menschen können wohl rebellieren, aber es wird ihnen an Kräften und Intelligenz mangeln, eine neue Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen unter den Menschen aufzubauen. Verelendete Menschen verkaufen sich jedem, der ihnen das Notwendigste zum Leben gibt, sie leisten den schlimmsten Reaktionären für geringe Belohnung Helfersdienste gegen ihre eigenen Leidensgenossen. Deshalb kann es uns auch nicht gleichgültig sein, in welchem Grade die Mitmenschen ausgebeutet und unterdrückt werden, sondern wir müssen unausgesetzt an wirtschaftlichen Reformen arbeiten, um die Ausbeutung und Unterdrückung zu mildern, damit die Menschen aufnahmefähig werden für die sozialistischen Ideen.

Wenn diese Erkenntnisse zutreffen für die allgemeine Arbeiterbewegung überhaupt, so vielleicht in noch stärkerem Maße für die Jugendlichen, für die Lehrlinge. Wenn die älteren Genossen und wenn auch die Jugendlichen in den zwanziger Lebensjahren sich um das Los der jungen Menschen nicht kümmern, die doppelt und dreifach geschunden und geknechtet werden als Lehrlinge und jugendliche Arbeitskräfte, dann dürfen sie nicht erwarten, dass sich bei den jungen Burschen und Mädchen der Wille regt, so bald wie möglich teilhaben zu wollen am Befreiungskampfe. Für schwierige Probleme, für trockene Theorien sind junge Menschen im allgemeinen schwer zugänglich. Sie beurteilen die Dinge meist von der praktischen Seite her. Wer ihnen dazu verhilft, dass sie sich möglichst frei entwickeln können, dass sie ohne niederdrückende Ausbeutung gute Fachkenntnisse sich aneignen und interessanten

Schulunterricht besuchen können, dem werden sie willig folgen. Und wer ihnen auf der Arbeitsstelle ein guter Kamerad ist, mit dem schließen sie dauernde Freundschaft. Daran aber mangelt es heute noch ganz allgemein, solche Freundschaftsbündnisse zwischen Jung und Alt, zwischen Lehrlingen, Arbeitsburschen und Gehilfen und Gesellen zu schließen. Die älteren Genossen vergessen meist, sich für die Interessen der Jugendlichen bei dem Unternehmer einzusetzen. Und die Jugendlichen isolieren sich noch künstlich von den sogenannten Alten.

Dieser Zustand ist krankhaft und muß beseitigt werden. Das ist aber nur möglich, wenn nach bestimmten Grundsätzen gearbeitet wird. Und solche Grund- und Leitsätze waren entworfen in einer Resolution zur Jugendbewegung, die dem 14. Kongress der FAUD zur Beratung vorlag. In dieser Resolution wurden die Berufsvereinigungen, Föderationen und Arbeiterbörsen dazu aufgerufen, sich um die Gewinnung der Jugend zu bemühen, um diese in Gewerkschafts-Jugendabteilungen zu gruppieren. Und es heißt wörtlich in dieser Resolution: „Aufgabe dieser Jugendabteilungen ist es, für die Durchführung folgender Forderungen zu kämpfen, und die Gesamtbewegung hat sich für die Durchsetzung derselben einzustellen:

Für eine anständige Behandlung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter in den Fabriken, Läden und Kontoren:

- Für die Verkürzung der Arbeitszeit (höchstens sechs Stunden),*
- für die Abschaffung der unbezahlten Lehrzeit und für eine ausreichende Bezahlung ihrer Arbeit;*
- für das Recht der Jugend auf freie Selbstbestimmung;*
- für ausreichenden Erholungsurlaub;*
- für geeignete Aufenthaltsräume während der Arbeitspausen;*
- für Abschaffung des Kost- und Logiszwanges;*
- für die Regelung der Anzahl der Jugendlichen in jedem Betriebe im Verhältnis der Gehilfenzahl zum Zwecke einer möglichst guten Ausbildung;*
- für Verhinderung der Entlassung bei Beendigung der heute noch üblichen Lehrzeit;*
- für Verlegung der Schulzeit in die Arbeitszeit bei freier Lieferung der Lernmittel;*
- für Schaffung von freien Schulräten in Fortbildungs- und Fachschulen;*
- Zu bekämpfen sind der Missbrauch der Jugendlichen zu Botendiensten, zu Aufräumarbeiten nach der Arbeitszeit, die Überanstrengung der Jugendlichen und die Beschäftigung bei gesundheitsschädlichen Arbeiten.*

Der Kongreß hat diese Resolution, nachdem die anwesenden Vertreter der Jugendlichen sich gegen die Annahme ausgesprochen hatten, abgelehnt. Wenn die jugendlichen Kongressdelegierten selbst Lehrlinge gewesen wären, dann hätten sie sicher einen anderen Standpunkt vertreten. Es kann doch kaum einen Lehrling geben, der es nicht freudig begrüßen würde, wenn all die oben

genannten Forderungen im eigenen Lehrverhältnis durchgeführt wären. Die Zahl der Gehilfen und Gesellen, die sich mit Freude ihrer Lehrzeit erinnern, ist sicher sehr klein. Und wer der Verwirklichung solcher Forderungen für die Lehrlinge ablehnend gegenübersteht, der muß zu den wenigen Glücklichen zählen, die unter Ausbeutung und Unterdrückung während der Lehrzeit nicht zu klagen hatten.

Nun wissen wir, dass von allen Reaktionären gerade die umgekehrten Forderungen aufgestellt werden. Bei den Vorberatungen und Vorbereitungen zum Arbeitszeitgesetz, das geschaffen werden soll, um den Achtstundentag fast allgemein zu beseitigen, wurde auch für die Lehrlinge eine verlängerte Arbeitszeit gefordert, um diese für Aufräumungsarbeiten usw. verwenden zu können. Verlängerte Arbeitszeit aber bedeutet für den Jugendlichen noch mehr wie für den erwachsenen Menschen geistige Verödung und Verblödung, die Unmöglichkeit, dass die Jugendlichen nach Arbeitsschluß sich um ihre geistige Vervollkommnung kümmern können, weil es ihnen an Kraft gebricht. Wenn die Reaktionäre sich gegen die größere Freiheit und gegen die anständige Behandlung und angemessene Entschädigung der Lehrlinge kehren, so ist es doppelte Pflicht aller sozialistischen Arbeiter, dass sie sich mit allen Mitteln der direkten Aktion für die Durchführung solcher Forderungen einsetzen. Und es mutet deshalb eigentümlich an, dass selbst Jugendliche aus syndikalistischen Kreisen nichts wissen wollen von Verbesserungen der wirtschaftlichen und geistigen Lage der Lehrlinge und jugendlichen Arbeitskräfte.

Welche Gründe führen sie dafür ins Feld? Sie sagen: Solche oder ähnliche Forderungen stellen auch die Zentralverbände auf, und auch diese haben die Lehrlinge in gewerkschaftlichen Gruppen zusammengefasst. Was will denn dieses Argument bedeuten? Ist eine Forderung unbedingt deshalb schlecht, weil sie auch von Zentralverbänden aufgestellt wird? Was uns in dieser Frage von den Zentralgewerkschaften trennt, das ist, dass diese auf indirektem, auf parlamentarischem Wege solche Forderungen durchsetzen und gesetzlich festlegen wollen, wenn sie überhaupt ernsthaft dafür eintreten.

Die Syndikalisten aber wollen alle Reformen durch direkte Kampfmittel durchsetzen. Müssen nun die Syndikalisten deshalb die gewerkschaftliche Erfassung der Jugendlichen ablehnen, weil auch die Zentralverbände, die Jugend organisieren? Aus den gleichen Gründen kann man natürlich die Organisation an sich verwerfen. Jeder Sozialist aber weiß, dass es zur Durchsetzung jeden menschlichen Fortschritts der Organisation bedarf. Gerade weil die Zentralverbände sich so große Mühe geben, um die Lehrlinge sofort in ihre Reihen einzugliedern, gerade deshalb müssen die Syndikalisten soviel wie irgend möglich die Jugendlichen für die eigenen Organisationen zu gewinnen suchen, damit die jungen Menschen gleich ohne Umweg eingeführt werden in die syndikalistischen Ideen und bekannt gemacht werden mit syndikalistischen Kampfmitteln.

Und noch einen Grund wollen unsere Jugendlichen entdeckt haben, um besondere Forderungen für die Lehrlinge abzulehnen. Sie sagen, die Aufstellung solcher Forderungen sei nur Köder, nur Aushängeschild, um die jungen Menschen anzulocken, ohne dass man sich ernstlich um die Durchführung der Forderungen kümmert. Wenn die Vertreter der Jugendlichen die Verbesserung der Lage der Lehrlinge ablehnen, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Forderungen nicht allgemein aufgenommen und für deren Durchsetzung nicht alles getan wird. Solche Forderungen lassen sich natürlich nur durchsetzen, wenn Jung und Alt, wenn alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dafür eintreten. Aber dieses Argument trifft auch deshalb völlig daneben, weil derjenige, der recht viel von Revolution spricht, noch lange nicht ein Revolutionär zu sein braucht. Und es wäre ebenso logisch argumentiert, wenn unsere Gegner uns sagten: Ihr braucht euren Sozialismus und eure revolutionären Ideen ja nur als Köder, als Anziehungsmittel für die Dummen. Ihr denkt ja ernsthaft gar nicht an deren Verwirklichung.

Es gibt also in Wirklichkeit keinen einzigen stichhaltigen Grund gegen die Aufstellung von besonderen Forderungen für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeitskräfte und gegen die Organisation derselben in Gewerkschaftsgruppen. Und deshalb ist unsere Antwort: Ja, die Jugend muß lernen für Reformen zu kämpfen, die den eigenen Interessen dienen. Und alle Gewerkschaftsgenossen müssen dabei tatkräftig helfen. X.R.“(53)

Scharf kritisierte die Jugend die Initiative der „Christ-Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“. Diese forderte „1. die Aufgabe des Klassenkampfes, 2. den Verzicht auf den Gedanken an die ‚Besitzergreifung der Produktion durch das Proletariat‘, 3. die Aufnahme des Kampfes gegen den ‚Weltjuden‘ (!!), Dafür versprechen sie 1. ‚Von der begüterten Klasse zu fordern, das Lebensrecht aller Menschen anzuerkennen und ihnen alle sozialen und kulturellen Fortschritte zu sichern‘, 2. allüberall die Ebenbürtigkeit des Proletariats zu betonen‘, 3. in allen Städten Notgemeinschaften zu bilden, die helfend eingreifen wollen, um dem Elend weiter Volkskreise zu steuern.“ Diese Gruppe wolle nun „Arbeiterkirchen“ errichten und diese nach Tolstoi benennen! Dagegen sprach sich Hans Godwin Grimm vom „Sturmvolk“ aus und bezeichnete diese „Christ-Sozialistischen“ als Reaktionäre, welche nicht begriffen hätten, dass Tolstoi sich gegen Militarismus, Antisemitismus, Kapitalismus und Staat aussprach. Eine „Tolstoikirche“ sei etwa so unsinnig, wie ein „Anarchistischer Staat“ oder ein „Verein gegen die Vereinsmeierei“. (54)

4.1.3. Organisation

Die Syndikalisten, sowie 12 „Sturmscharen“ wohnten dem 5. ostpreußischen Gautag (verschiedener revolutionärer Jugend- Organisationen) zur Jahreswende 1922/23 in Königsberg bei. Eine Einheit aller „links“ von der KPD stehenden

Arbeiterorganisationen wurde vom „Sturmvolk – Bund revolutionärer Jugend Deutschlands“, dem die „Sturmscharen“ angehörten, angestrebt. Aufgabe sollte es für die dortige FAUD sein, die „kommunistische“ Propaganda in der „Hochburg des Junkertum (s)“ unter das Landvolk zu tragen. Der Marxismus wurde abgelehnt: „Der Bezirkssekretär der parteikommunistischen Jugend, der aus Leibeskräften bemüht war, unsere Kameraden von der heilbringenden Lehre der alleinseligmachenden Spartakus-Kirche und ihrer Heiligen: Lenin, Bucharin, Radek, zu überzeugen, musste ergebnislos abziehen, da man begann, ihn über das Schicksal unserer russischen Kameraden peinlichst zu befragen.“ Stattdessen sollte sich an der im Aufbau befindlichen syndikalistischen Internationale beteiligt werden.

Anwesend waren auch Gäste aus Hamburg und Kiel. Konsens war die Selbständigkeit der einzelnen „Sturmscharen“ auf föderalistischer Grundlage. Die Organisation war nicht so straff organisiert, als dass „obligatorische Gaubeiträge“ eingeführt werden sollten. Als Ziel wurde gesetzt der revolutionäre herrschaftslose Sozialismus, „dessen Verwirklichung (...) auf volkskommunistischem (bakunistischem) Wege erstrebt“ wurde. In den Gaurat wurden auf dem Gaurat gewählt: Reinhart Oswin Puppel (Königsberg), Max Gransnot (Königsberg) und Kurt Zacharias (Pr. Eylau). Puppel war auch Mitglied der Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands (FKAD). Der Gaurat hatte seinen zentralen Sitz in Königsberg-Rathshof, Richterstraße 12.(55)

4.2. Die Syndikalistisch-Anarchistische Jugend in Johannisburg

Eine weitere syndikalistisch-anarchistische Jugendgruppe kann für des Jahr 1923 im südostpreußischen Johannisburg nachgewiesen werden.(56) Johannisburg war mit seinen etwa 5.000 Einwohnern Kreisstadt, dem Regierungsbezirk Allenstein angegliedert und verfügte über Eisenbahnanbindung und Krankenhaus. Es gab drei Schulen, darunter eine Landwirtschaftsschule und eine Berufsschule. Angesiedelt war vor allem das Handwerk, eine Maschinenfabrik, eine Molkerei, die Holzverarbeitende Industrie und als Kreisstadt die Behörden. Durch die Lage in der Masurischen Seenplatte am Roschsee gelegen, hatte hier auch die Fischerei einen großen Stellenwert. Der Kreis Johannisburg hatte in der Provinz Ostpreußen die geringste Einwohnerdichte. Kurzfristig um das Jahr 1923 schien die syndikalistisch-anarchistische Jugend auch in diesem entlegenen Winkel Ostpreußens Fuß gefasst zu haben. Weiteres aus Johannisburg ist diesbezüglich nicht bekannt.

5. Das Ende der Bewegung

Von Anfang 1927 sind noch Versammlungen der Anarcho-Syndikalisten Königsbergs registriert.(57) Sie organisierten über Sammlungen beispielsweise

Fluchthilfe für Genossen aus dem diktatorisch geführten Litauen. Der darüber ausführlich berichtende „Syndikalist“ kam von dort zurück mit dem Vermerk: „ZURÜCK, NICHT ZULÄSSIG!“(58)

Jedoch verstummten die anarcho-syndikalistischen Berufsvereinigungen Ostpreußens zu dieser Zeit fast ganz. In den Jahren 1931/32 häuften sich die Anschläge und Attentate durch Nationalsozialisten, deren Opfer zahlreich waren, wie ein Syndikalist es schilderte:

„Am Montag, den 1. August, früh ungefähr um 6 Uhr wurde in Königsberg Drittes Reich gespielt. Am Gebäude der Königsberger SPD-Zeitung explodierten Brandbomben. Der sozialdemokratische Redakteur Wyrigatsch, der kommunistische Stadtverordnete Sauff und der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schütz wurden von Mördern in ihren Wohnungen überfallen. Sauff ist tot, bei Schütz wurde ein Mädchen verletzt! Wyrigatsch wurde verwundet. Ebenso wurde der eben erst pensionierte Regierungspräsident Bahrfeld (Deutsche Volkspartei) in seiner Wohnung verletzt. Die hartungssche Zeitung wurde gleichfalls durch Brandbomben angesteckt, bei der EPA-Filiale wurden Fensterscheiben eingeschlagen und was dergleichen Kulturtaten mehr sind. Königsberg ist die Ausführung dessen, was in Boxheim projiziert wurde. Die Behörden wollen angeblich nicht wissen, von wem die Anschläge ausgingen. Die Arbeiterklasse muß wissen, dass dieser Königsberger Morgen vielleicht erst der Anfang ist, wenn nichts zur Gegenwehr geschieht. Die Niederkämpfung des Nationalsozialismus kann nur vom Proletariat durch fortgesetzte Wachsamkeit und unerhörte Anstrengungen durchgeführt werden. Einen anderen Weg gibt es nicht; man darf den Kopf nicht in den Sand stecken.“(59)

Auf dem 19. Reichskongreß der FAUD 1932 waren die Königsberger nicht mehr vertreten.(60) Im Januar 1933 übernahmen die Nazis die totale Macht im Reich.

Abgeschlossen von den übrigen Genossen im Reich, formierte sich in Königsberg eine Widerstandsgruppe.(61) Gegen ein Mitglied kam es deshalb zu einem Hochverratsprozeß. In Tilsit wurde der Journalist „Schmerzensreich Kaschlinsky“ verhaftet. Ihm wurden Kontakte zu anarchistischen Gruppen nachgesagt.(62)

III. Quellen und Literatur:

Archive:

Staatsarchiv Bremen (StAB),
4,65-563
4,65-622
4,65-821

Bundesarchiv Koblenz (BAK), R58/318

Privatarchiv Helge Döhring

FAUD- Ortsvereine, unveröffentlichte Städteliste

Protokolle:

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Gotha vom 11. bis 16. Oktober 1896

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905

Kongreßprotokolle der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVDG)

Protokoll über die Verhandlungen vom 16. Kongresses der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (A.-S.), Präsenzliste

Zeitschriften:

„Der freie Arbeiter“ (Organ der „Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands“ -FKAD)

„Mitteilungsblatt der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, alle Jahrgänge

Rundschreiben an die Vorstände und Mitglieder aller der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Vereine, alle Jahrgänge

„Der Syndikalist“ (Organ der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands“ - FAUD), alle Jahrgänge

Literatur:

Albinus, Robert: Lexikon der Stadt Königsberg Pr. und Umgebung, Leer 1985

Barwich, Franz/Studienkommission der Berliner Arbeiterbörse: „Das ist Syndikalismus“. Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus. Mit Texten von Franz

Gampe, Fritz Kater, Augustin Souchy u.a. mit einer Einleitung von Helge Döhring, Frankfurt 2005.

Döhring, Helge: Syndikalismus im „Ländle“. Die Freie Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) in Württemberg 1918 bis 1933, Lich 2006

Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn 1986

Geschäftskommission der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“: Was wollen die Lokalisten?, Berlin 1911

Haug, Wolfgang: „Eine Flamme erlischt“. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarchosyndikalisten) von 1932 bis 1937, in: IWK, 25. Jg. (1989), Nr. 3

Klan, Ulrich/Nelles, Dieter: „Es lebt noch eine Flamme“. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau 1990

Linse, Ulrich: Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1919-1933. Zur Geschichte und Ideologie der anarchistischen, syndikalistischen und unionistischen Kinder- und Jugendorganisationen 1919-1933, Frankfurt 1976

Matull, Wilhelm: Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriß ihrer Geschichte, Lesung und Opfer, Würzburg 1973

Matull, Wilhelm: Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970

Rocker, Rudolf: Ein Leben für den revolutionären Syndikalismus. Biographie von Fritz Kater, Hamburg 1985

Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004

Weberskirch, Klaus: Anarcho-Syndikalisten an der Wurm. Ein fast vergessenes Kapitel der Geschichte des Aachener Raumes nach dem Ersten Weltkrieg, Aachen 1999

Personenregister:

Bartsch (FKAD/Elbing, 1922)

Robert **Bastian** (FAUD Bauberufe)

Alfred Hermann **Bonnemann** („Sturmvolk“)

Heinrich **Dirks** (FVDG/FAUD/Töpfer, Königsberg)

Hans Godesin **Grimm** („Sturmvolk“)

Max **Gransnot** (Gaurat „Sturmvolk“/ Königsberg)

Otto **Graßmann** (FVDG/Königsberg)

G. **Grawert** (FAUD, Königsberg, 1923)

M. H. **Grawert** („Sturmvolk“)

Hans **Kalina** (Ortsverband der Maurer Königsberg)
H. **Kapinsky** (Töpfer)
A. **Kleist** (Maurer FVDG Königsberg)
Paul **Kluwe** (Altroggärtner Predigerstr. 28, Ortsverband der Maurer Königsberg)
Ernst **Koppel** (FVDG/Töpfer)
Rudolf **Krüger** (FVDG/Töpfer)
Heinrich **Legien** (FAUD Bauberufe, Rechts Str. 109-110, Sackheim)
Reinhart Oswin **Puppel** (Gaurat „Sturmvolk“/ FKAD)
Otto **Roppel** (FVDG, gefallen im Krieg)
Robert **Schlicht** (Töpfer Königsberg)
Ernst **Schwarz** (FAUD- Bauberufe)
Gustav **Tobias** (FVDG, gefallen im Krieg)
Kurt **Zacharias** (Gaurat Sturmvolk, Pr. Eylau)

Fußnoten:

- (1) „Die Junge Menschheit“, Nr. 2/1923. in: „Der Syndikalist“, Nr. 7/1923.
- (2) Bericht eines in Ostpreußen Urlaub machenden Syndikalistin in: „Der Syndikalist“, Nr. 7/1922.
- (3) Siehe dazu die hervorragenden Ausarbeitungen von Ulrich Klan/Dieter Nelles: „Es lebt noch eine Flamme“. Rheinische Anarcho-Syndikalistin/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus und Klaus Weberskirch: Anarcho-Syndikalistin an der Wurm. Ein fast vergessenes Kapitel der Geschichte des Aachener Raumes nach dem Ersten Weltkrieg.
- (4) Vgl.: Helge Döhring: FAUD- Ortsvereine, unveröffentlichte Städteliste.
- (5) Vgl.: Helge Döhring: Syndikalismus im „Ländle“. Die Freie Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) in Württemberg 1918 bis 1933, S. 184 ff. Die Ausarbeitung zu Südbayern erscheint im Jahre 2007/08.
- (6) Für die Sympathisanten vgl.: „Der freie Arbeiter“, Nr. 14/1922, für die FAUD in Königstann: „Der Syndikalist“, Nr. 15/1924. Zu Johannisburg, siehe Kapitel 4.2.
- (7) Der „Deutsche Seemannsbund“ (DSB) gründete sich reichsweit zur Jahreswende 1918/19 und wuchs noch im selben Jahr auf etwa 18.000 Mitglieder an. Er näherte sich Anfang der 20-er Jahre syndikalistischen Position an, wenngleich die einzelnen Sektionen sehr unterschiedliche Ansichten vertraten. Bezirkssektionen bildeten sich in vielen größeren deutschen Hafenstädten, an der Ostsee in Kiel, Lübeck, Stettin und Danzig und bis 1922 auch in Rostock, Wismar, Swinemünde, Memel, Pillau und Königsberg.
- (8) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 31/1922.
- (9) „Der Syndikalist“, Nr. 25/1924.

(10) Das Königsberger FKAD- Mitglied Reinhard Oswin Puppel stand der FAUD sehr nahe und spendete an verschiedene Hilfsfonds der FAUD, siehe diverse Ausgaben des „Syndikalist“ (1923/25) und „Der freie Arbeiter“ (1923).

(11) Der Verband der Binnenschiffer schloß sich 1920 dem Zentralverband der Transportarbeiter an, woraufhin eine Minderheit mit der FAUD sympathisierte und den Verband der Binnenschiffer weiterführte. Sie wandten sich gegen die Zentralgewerkschaften als „Instrumente der kapitalistischen Restauration“ und erklärten: „Die Binnenschiffer marschieren in der FAUD. Tausende sind noch zu gewinnen, jetzt gilt es, dem alten System der Führerautoritäten, des organisierten Verrates auch in der Binnenschiffahrt mit Hilfe der Kameraden im Reiche eine entscheidende Niederlage zu bereiten.“, „Der Syndikalist“, Nr. 51/1925. Sie schlossen sich 1921 der „Föderation der Verkehrs- und Kommunalarbeiter Deutschlands“ (FAUD) an, vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 10/1921.

Der „Verband der Binnenschiffer“ rief im Herbst 1925 verschiedene Ortsvereine dazu auf, entlang der Schifffahrtsrouten Propaganda für den Verband zu betreiben. Dazu zählte auch das Pregelstromgebiet, wobei die Königsberger Syndikalisten angesprochen wurden, vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 43/1925.

(12) In Memel gehörte ein Teil der Seefahrer zur „Allgemeinen Arbeiter-Union-Einheitsorganisation“ (AAU-E), vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 34/1922. Es formierte sich auch eine von Otto Rühle inspirierte freie Erziehungsgemeinschaft, vgl.: Ulrich Linse: Die anarchistisch Jugendbewegung..., S. 110.

(13) Wilhelm Matull: Ostdeutschlands Arbeiterbewegung..., S. 353.

(14) Vgl.: Wilhelm Matull: Ostpreußens Arbeiterbewegung., S. 107 ff.

(15) Vgl.: ebd., S. 74 ff.

(16) Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten..., S. 884.

(17) Vgl.: Wilhelm Matull: Ostpreußens Arbeiterbewegung..., S. 81f.

(18) Ebd., S. 87.

(19) Vgl.: ebd., S. 88 und „Der Syndikalist“, Nr. 41/1925.

(20) „Der Syndikalist“, Nr. 34/1919.

(21) „Der Syndikalist“, Nr. 18/1919.

(22) Wilhelm Matull: Ostdeutschlands Arbeiterbewegung..., S. 331.

(23) Vgl.: StAB, 4,65-622, Bl. 13b.

(24) Vgl.: StAB, 4,65-622, Bl. 13o.

(25) StAB, 4,65-622, Bl. 13y.

(26) StAB, 4,65-622, Bl. 13n.

(27) Vgl.: StAB, 4,65-563.

(28) „Der Syndikalist“, Nr. 41/1924.

(29) Vgl.: Protokoll vom 11. Kongreß der FVDG, S. 16.

(30) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 18/1926.

(31) Vgl.: Protokoll der FVDG von 1903, Präsenzliste.

(32) Vgl.: Wilhelm Matull: Ostdeutschlands Arbeiterbewegung..., S. 326. Von einer späteren Trennung Graßmanns vom Zentralverband zeugt folgende

Aussage aus dem Jahre 1925: „In der 'Königsberger Volkszeitung' vom 9. Oktober 1925 erlauben sich die Vertreter des Baugewerkbundes, Krise und Kraschewski, in dem Artikel 'Zum Kampf im Baugewerbe', einen ehrlichen und gerechten Kämpfer des Proletariats, den Kameraden Graßmann, als den Begründer einer Streikbrecher-organisation hinzustellen. Der denkende Bauarbeiter, der mit dem schamlosen Handlungen und Beschimpfungen der Sozialdemokraten gegen ehrliche Kameraden vertraut ist, um dieselben in der Arbeiterschaft unmöglich zu machen, wird diese Verleumdung mit einem Lächeln auf den Lippen zurückweisen. Herr Krise aber steht mit seiner Produktiv-Baugenossenschaft an erste Stelle als Organisator von Streikbrecherinstitutionen. Hans Kalina“, „Der Syndikalist“, Nr. 44/1925.

(33) Vgl.: Protokoll der FVDG vom 8. Kongress der FVDG. Nur die Isolierer Münchens blieben der FVDG treu.

(34) Vgl.: ebd.

(35) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 25/1919.

(36) Vgl.: Ebd.

(37) Auf dem 16. Kongreß der FAUD wurden sie vertreten durch den Magdeburger Albert Schulz, vgl.: Protokoll über die Verhandlungen vom 16. Kongress der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (A.-S.), Präsenzliste.

(38) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 20/1926.

(39) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 8/1928. Diese zahlte Ende 1928 immerhin noch in den reichsweiten Solidaritätsfond ein, vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 50/1928.

(40) Vgl.: Kongreßprotokolle der FVDG von 1903 bis zu den Verhandlungen vom 11. Kongreß, Präsenzlisten.

(41) Vgl.: Mitteilungsblatt der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Nr. 13/1914.

(42) Vgl.: Rundschreiben an die Vorstände und Mitglieder aller der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Vereine, Nr. 1/1915.

(43) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 4/1919. Den Nachruf zeichnete der seit 1882 organisierte Berliner Töpfer „C(arl). Th(ieme).“ Einen Nachruf auf Carl Thieme selbst, welcher der FVDG/FAUD- Geschäftskommission von 1897 bis 1921 angehörte, finden wir im „Syndikalist“ sechs Jahre später in der Nr. 10/1925.

(44) „Der Syndikalist“, Nr. 16/1924.

(45) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 43/1925. Als möglicher Ortsverein wurde von den Binnenschiffern nur Königsberg genannt. Hier bestand der Ortsverein jedoch hauptsächlich aus in der Baubranche tätigen Mitgliedern. In Insterburg konnte keine FAUD- Gruppe ermittelt werden.

(46) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 35/1926. Auch in Tilsit konnte keine FAUD ermittelt werden.

(47) Dargestellt in: Franz Barwich/Studienkommission der Berliner Arbeiterbörse: „Das ist Syndikalismus“. Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus.

(48) „Der Syndikalist“, Nr. 6/1924.

(49) K.J. steht für Kommunistische Jugend.

(50) „Der Syndikalist“, Nr. 4/1924.

- (51) „Der Syndikalist“, Nr. 14/1923.
- (52) „Der Syndikalist“, Nr. 12/1923.
- (53) „Der Syndikalist“, Nr. 10/1923.
- (54) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 6/1924.
- (55) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 2/1923.
- (56) Vgl.: StAB, 4,65-821, Bl. 24. Abschrift: Rundschreiben Nr. 5 (1923) der SAJD- Reichs-informationsstelle, darin Ortsverzeichnis: Die dort aufgeführten „Gruppen stehen mit der RIST (Reichsinformationsstelle der SAJD mit Sitz in Leipzig) in Verbindung und betrachten sich zur SAJ zugehörig. Die Stärke der Mitgliederzahl wechselt von 1 bis 70. Der Durchschnitt ist ca. 25 Mitgl. pro vorgenannten Orten.“ So gibt uns der Vorsitzende der RIST Auskunft.
- (57) Vgl.: „Der Syndikalist“, Nr. 14/1927.
- (58) „Der Syndikalist“, Nr. 18/1927.
- (59) „Der Syndikalist“, Nr. 31/1932.
- (60) Vgl.: Präsenzliste vom 19. Kongress der FAUD 1932, BAK, R58/318.
- (61) Vgl.: Jan Foitzik: Zur Politik..., S. 89. Anscheinend hatte diese aber keine Verbindungen ins übrige Reichsgebiet, vgl.: Grafik bei Foitzik, S. 349.
- (62) Vgl.: Wolfgang Haug: Eine Flamme erlischt..., S. 370.

Neue Broschüren und Bücher aus der Lokalföderation Bremen



H. (FAU- Bremen) – Syndikalismus, kommunistischer Anarchismus und Rätekommunismus

Eine Erwiderung auf die rätekommunistische Kritik am Gewerkschaftsfetischismus und am kommunistischen Anarchismus Erich Mühsams. Ein Beitrag zur Diskussion.
Broschüre - 50 Seiten - 2.00 Euro

FAU- Bremen – Syndikalismus – Geschichte und Perspektiven

Diese Broschüre gibt einen fundierten Einblick in zentrale Fragestellungen syndikalistischer Gewerkschaften, sowohl aus historischer als auch aus aktueller Perspektive. Es finden sich syndikalistische Positionen zu Betriebsräten und Tarifverträgen.

Gerhard Aigte – Die Entwicklung der revolutionären, syndikalistischen Arbeiterbewegung Deutschlands in der Kriegs- und Nachkriegszeit (1918-1929)

Die Broschüre beschreibt die Geschichte des organisierten Syndikalismus und Anarchosyndikalismus in Deutschland von seinen Anfängen bis zum Jahr 1929.
Broschüre – 54 Seiten – 2.00 Euro

Studienkommission der Berliner Arbeiterbörsen/Franz Barwich – „Das ist Syndikalismus“ - Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus.

„Ein Plan zur Organisierung der Arbeiterbörse ist also gleichzeitig ein Plan für die Durchführung der sozialen Revolution. Es kommt dieser Schrift daher eine tiefgehende Bedeutung zu. Neben Ratschlägen für den Gegenwartskampf soll sie den Versuch bilden, einen Anfang zu machen mit den Plänen für den Neuaufbau der Gesellschaft im Sinne des freiheitlichen Sozialismus.“ Augustin Souchy
Buch – 150 Seiten – 11.00 Euro ISBN:3-936049-38-6

FAU-Bremen (Hrsg.): „Syndikalismus – Geschichte und Perspektiven. Ergänzungsband“

Der vorliegende Ergänzungsband gibt einen dokumentarischen Überblick über die Stellung der anarcho-syndikalistischen Bewegung in Deutschland zur Betriebsrätefrage und zum Abschließen von Kollektivverträgen. Genossen der historischen FAUD berichten über ihre Erfahrungen im Arbeitsalltag und bei Arbeitskämpfen, genauso wie heutige Mitstreiter der FAU aus zahlreichen Branchen und Gegenden zu Wort kommen. Hier wird knapp 100 Jahre „pro und contra“- Geschichte zusammengeführt. Die chronologisch dokumentierten Beiträge lassen uns hautnah am innerorganisatorischen Diskussionsgeschehen der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften von 1919 bis heute teilhaben.

Helge Döhring/John Carroll, trans.: Syndicalism and Anarcho-Syndicalism in Germany: An Introduction:

“Foreword: The following text comprises an introduction to the development of German Syndicalism from its beginnings in 1890 until the end of its organized form in the early 1960s. The emphasis of this introduction, however, centers on the period before and leading up to 1933, when the National Socialists under Adolf Hitler ascended to power. Syndicalism, and more specifically Anarcho-Syndicalism are movements that have been largely forgotten. This albeit superficial outline should, at its conclusion, show that this movement was not always so obscure and unknown. This piece aims not to comprehensively examine all the varied aspects of German Anarcho-syndicalism, but rather to pique the curiosity and interest of its readers.”

24 Seiten - DIN A 5 - Preis 1 Euro

Alle Titel zu Bestellen über den Materialienvertrieb der FAU und über Syndikat A

Materialienvertrieb der FAU – FAU-MAT

Gaußstraße 194-196 Haus 3

22765 Hamburg

Tel: 040/20 90 68 93

E-mail: fau-mat@gmx.de

Syndikat A – anarchosyndikalistischer Medienvertrieb

Bismarckstr. 41a

47443 Moers

Telefon & Telefax: 02841-537316

Email: syndikat-a@fau.org

www.syndikat-a.de

Helge Döhring

Syndikalismus im "Ländle"

Die Freie Arbeiter-Union Deutschland (FAUD) in Württemberg 1918 bis 1933

Die syndikalistische Arbeiterbewegung in Deutschland war weitaus mehr, als eine reine Gewerkschaftsbewegung. Sie bot die gesamtgesellschaftliche Perspektive eines freiheitlichen Sozialismus auf föderalistischer Grundlage und wirkte daher gleichermaßen im kulturellen Bereich, so z.B. in Büchergilden, der Freidenkerbewegung oder auch in Siedlungsprojekten. Einzelne Personengruppen fanden sich in syndikalistischen Organisationen zusammen, die Werktätigen in der Freien Arbeiter-Union Deutschlands, die Frauen im Syndikalistischen Frauenbund, die Jugendlichen in der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands, usw.

Diese breit angelegte und fundierte Regionalstudie befasst sich mit dieser syndikalistischen Arbeiterbewegung in Württemberg von 1918 bis 1933.

Die zentralen Fragen dieses Buches lauten:

Unter welchen Bedingungen gedeiht die syndikalistische Bewegung?

Welche Faktoren hindern sie an ihrer Entfaltung?

Anhand dieser Studie lassen sich bisherige Forschungsergebnisse zu diesen Fragen besser bewerten. Denn sie geht anschaulich ins Detail, untersucht die Zentren syndikalistischer Organisation in Württemberg, wie beispielsweise Stuttgart oder Heilbronn und stellt diesen die syndikalistischen Bestrebungen im ländlichen Bereich gegenüber. Die Eckpunkte bilden hierbei der Grad der Industrialisierung, sowie andere konkurrierende Arbeiterorganisationen als zentrale Faktoren für die Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten der syndikalistischen Bewegung in Württemberg. Diese gelangte hier in manchen größeren wie kleineren Orten zu erheblichen Einfluß und stellt somit generell für manche

Syndikalismus im "Ländle"

Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD)
in Württemberg 1918 bis 1933



von Helge Döhring

ISBN 3-936049-59-9

224 Seiten

16 Euro

Verlag Edition AV

Das ist Syndikalismus

Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus

Mit Beiträgen von Franz Barwich, Franz Gampe, Fritz Kater, Augustin Souchy u.a.

Ein Plan zur Organisierung der Arbeiterbörse ist also gleichzeitig ein Plan für die Durchführung der sozialen Revolution. Es kommt daher der Idee dieser kleinen Schrift eine tiefgehende Bedeutung zu.

Neben Ratschlägen für den Gegenwartskampf soll sie den Versuch bilden, einen Anfang zu machen mit den Plänen für den Neuaufbau der Gesellschaft im Sinne des freiheitlichen Sozialismus. Es ist der erste Versuch dieser Art, der in Deutschland unternommen wurde. Die syndikalistische Bewegung hat sich berufen gefühlt, dieses Neuland bei uns zu beackern.

Die Berliner Arbeiterbörse hat sich ernstlich damit beschäftigt, und vorliegende Studien sind eine Fortsetzung davon. Es wäre zu wünschen, dass diese Anfänge nicht allein stehen. Mögen die Genossen im ganzen Lande, mögen einsichtige Männer und Frauen aus dem gesamten sozialistischen Lager zu den hier behandelten Gedanken Stellung nehmen. Dann werden wir sicher dem Sozialismus viel näher rücken, als wenn sämtliche Parlamente der Welt voll von Sozialisten und Kommunisten, sowie von Vertretern der Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften wären.

Augustin Souchy

**Erschienen bei
Verlag Edition AV**

**Herausgegeben von der
Freien Arbeiterinnen- und
Arbeiter Union Bremen (FAU)**

**ISBN 3-936049-38-6
150 Seiten – 11 Euro**



